Aufsatz

Ernst Wolfgang Becker

Soldatentum und demokratischer Neubeginn

Theodor Heuss und seine Haltung zum Militär nach 1945

<https://doi.org/10.1515/mgzs-2017-0074>

Zusammenfassung: Vom ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss ist vor allem der zivile, bildungsbürgerliche Habitus in Erinnerung geblieben, der eine große Distanz zu allem Militärischen nahelegt. Auch die Forschung der letzten Jahre, die den Facettenreichtum seiner Biografie in den Kontext der Geschichte des 20. Jahrhunderts einbettet, widmet sich der Haltung von Heuss zum Soldatentum nur marginal. Dies ist umso erstaunlicher, als er sich zeitlebens mit militärischen Themen auseinandergesetzt hat. Dieser Beitrag fragt deshalb nach den Vorstellungen von Heuss über das Soldatentum und wie er diese als Bundespräsident in die Debatten über Vergangenheitspolitik und Wiederbewaffnung eingespeist hat. Vier Politikfelder werden dabei näher in Augenschein genommen: 1. die Geschichtspolitik zwischen Traditionskritik und Traditionsaneignung; 2. die Integrationspolitik zugunsten ehemaliger Soldaten; 3. die Versuche einer Interventionspolitik im Zuge der Wiederbewaffnung; 4. die Erziehungspolitik, die den Soldaten als Bürger in der Demokratie verortet. Vor allem im Traditions- und Demokratieverständnis von Heuss zeigen sich Konvergenzen zum Reformkonzept der Inneren Führung und des »Staatsbürgers in Uniform«, sodass die Militärreformer einen moralischen Rückhalt im Bundespräsidenten hatten.¹

Schlüsselwörter: Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, Soldatentum, Staatsbürger in Uniform, Erziehung zur Demokratie

Im Dezember 1956 erreichte den Persönlichen Referenten des Bundespräsidenten, Hans Bött, ein Schreiben von Max Thoenissen, dem Präsidenten des Verbands der

¹ Für Anregungen und Kritik danke ich Dr. Thomas Hertfelder, für redaktionelle Unterstützung Sina Fritsche, Benedikt Glaser und Simon Lindörfer.

Kontakt: Ernst Wolfgang Becker, Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart, E-Mail: becker@stiftung-heuss-haus.de

Automobilindustrie und ehemaligen Generalmajor. Thoenissen berichtete von einem intensiven persönlichen Erlebnis, als sein oberster Kriegsherr, Wilhelm II., die Front abgeschritten sei und dabei jedem scharf in die Augen geblickt habe.² Das erste Staatsoberhaupt der Bundesrepublik, dem der Brief weitergeleitet wurde, fühlte sich zu einem Antwortschreiben herausgefordert, um dem Eindruck mangelnder »Staatsgesinnung« entgegenzuwirken.³ »Nicht ohne eine gewisse Heiterkeit« teilte Theodor Heuss dem einstigen Offizier mit, »daß ich vermutlich aus dem Vorrat von dummen Gesichtern, die jedem Menschen zur Verfügung stehen, mein dümmstes beim Abschreiten von Fronten mache, da ich für diese konventionellen Dinge, deren Notwendigkeit ich ja schließlich einsehe, ein ungewöhnlich geringes Talent besitze.« Geplagt von einer Gehbehinderung, gebe er seinem Gesicht »eine Kombination von »väterlicher Güte, dienstlichem Ernst und Bodenvorsicht«. Er schloss seinen Brief mit der Erwartung: »Die Soldaten werden sich, denke ich, schon daran gewöhnen, daß kein Kriegsruhm an ihnen vorbeiwandert.«

Heuss, dessen ziviles Auftreten mit Hut, Stock, Weinglas und Zigarre eine »Politik der Gemütlichkeit«⁴ ausstrahlte, musste sich wiederholt mit dem Vorwurf auseinandersetzen, er mache aus seiner Ablehnung des Militärs keinen Hehl. Diese lässige Haltung gegenüber allem Militärischen erschien zwar in der frühen Bundesrepublik unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges volkstümlich, führte aber auch zu Irritationen unter ehemaligen Soldaten und politisch Verantwortlichen. So hatte Heuss für den Neujahrsempfang 1956 auf eine Ehrenformation der Bundeswehr verzichtet, da diese letztlich nur »Attrappen«, »Wochenschau-material für billiges Vergnügen oder billigen Ärger« seien.⁵ Mit diesen Worten und dem pejorativen Unterton erregte er den Unwillen Konrad Adenauers und Theodor Blanks und enttäuschte die Generäle Hans Speidel und Adolf Heusinger.⁶ Einen »Widerwillen gegen Uniformen und Gewehre« warf ihm die »Deutsche

² Max Thoenissen an Hans Bott, 9.12.1956, Bundesarchiv (BArch), Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus (SBTH), Bundespräsidialamt, Amtszeit Theodor Heuss, B 122, 2072.

³ Auch im Folgenden Heuss an Max Thoenissen, 12.12.1956. In: Theodor Heuss, *Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959*. Hrsg. und bearb. von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt und Wolfram Werner, Berlin, Boston 2013, S. 347f.

⁴ Karl Jaspers, *Freiheit und Wiedervereinigung* (1960). In: Karl Jaspers, *Lebensfragen der deutschen Politik*, München 1963, S. 269f.

⁵ Heuss an Heinrich von Brentano, 6.1.1956. In: Heuss, *Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959* (wie Anm. 3), S. 262–264, hier S. 263.

⁶ BArch, SBTH, B 122, 19048; Heuss an Toni Stolper, 18.1.1956. In: Theodor Heuss, *Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper*. Hrsg. und eingel. von Eberhard Pikart, Tübingen, Stuttgart 1970, S. 134f.

Soldaten-Zeitung« vor, mit der er eine regelrechte Dauerfehde führte.⁷ In den Schatz der Heuss-Anekdoten ging schließlich der legendäre Ausspruch »Nun siegt mal schön« anlässlich des Besuchs eines Manövers der Bundeswehr im Herbst 1958 ein.⁸

Mit seinem zivilen, bildungsbürgerlichen Habitus erschien Heuss in der Nachkriegszeit als Gegenentwurf zur militärischen Vergangenheit Deutschlands und erfreute sich vor allem in seiner zweiten Amtszeit in breiten Bevölkerungskreisen großer Popularität.⁹ Zugleich begünstigte diese Art von Selbststilisierung aber auch die Banalisierung des Bundespräsidenten zum »Papa Heuss«, die ihm – auch zu seinem eigenen Leidwesen – hartnäckig anhaftete und seinen Tod überdauerte.¹⁰ Dass diese »Verharmlosung« zu einer »harmonisierte[n] Großvater-Gestalt«,¹¹ die politisch folgenlos blieb, das Amtsverständnis und die Amtsführung des ersten bundesrepublikanischen Staatsoberhauptes sowie seine Stellung in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts grob verzerrt, ist durch die intensiven Forschungen der letzten Jahre evident geworden. Vor allem die drei jüngeren Biografien ordnen ihren Protagonisten mit jeweils eigenen Deutungsachsen in den politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Kontext seiner Zeit ein und arbeiten das politische Potential dieser liberal-bürgerlichen Existenz im »Zeitalter der Extreme« (Eric Hobsbawm) heraus.¹² Doch bei allem Facettenreichtum, den diese Lebensbeschreibungen herausstreichen – die Haltung von Heuss zum Militär und seine Vorstellungen vom Soldaten streifen die Autoren nur punktuell. Im Gegensatz zum dezidiert zivilen Habitus dieses Bildungsbürgers bleibt der militärische Aspekt blass.

Dies ist umso bemerkenswerter, als sich Heuss zeit seines Lebens zu Fragen des Militärs geäußert hat. Speidel attestierte ihm Mitte der Fünfzigerjahre:

7 Heuss an Deutsche Soldaten-Zeitung, 15.5.1957. In: Heuss, Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959 (wie Anm. 3), S. 370f., Zitat Anm. 2; vgl. auch Heuss an Deutsche Soldaten-Zeitung, 21.5.1957. In: BArch, SBTH, Nachlass Theodor Heuss, N 1221, 340.

8 Die Welt, 20.9.1958.

9 Vgl. die Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach, BArch, SBTH, B 122, 253b.

10 Ernst Wolfgang Becker, Theodor Heuss. Bürger im Zeitalter der Extreme, Stuttgart 2011, S. 156–163; Joachim Radkau, Theodor Heuss, München 2014, S. 478–487.

11 Hermann Rudolph, »Ein neues Stück deutscher Geschichte«. Theodor Heuss und die politische Kultur der Bundesrepublik, Stuttgart 2000 (= Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus. Kleine Reihe, 6), S. 9f.

12 Vgl. vor allem die drei jüngeren Biografien: Becker, Theodor Heuss (wie Anm. 10); Peter Merseburger, Theodor Heuss. Der Bürger als Präsident. Biographie, München 2012; Radkau, Theodor Heuss (wie Anm. 10); zur aktuellen Debatte über Heuss vgl. auch Frieder Günther, »Mein Bundespräsident«. Theodor Heuss in der Erinnerung der Deutschen. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 27 (2015), S. 261–283, vor allem S. 274–282.

»Sein universelles Interesse für das Soldatische war aber immer lebendig: es galt dem Ethos des Soldaten, dem Soldaten als Diener des Staates, der Institution eines Heeres überhaupt, der Entwicklung von Söldner- und Berufsarmee zum Volksheer, nicht zuletzt dem Kriege als Geschichtsphänomen.«¹³

Einzig Bernhard W. Krack und Dieter E. Kilian widmen sich in längeren Abschnitten dem Verhältnis des Bundespräsidenten zum Soldatentum; ihre semi-wissenschaftlichen Arbeiten leiden aber unter der schlichten erkenntnisleitenden Absicht, entweder die Distanz von Heuss zum Militärischen belegen¹⁴ oder gerade dieses »Vorurteil« revidieren zu wollen.¹⁵ Im Folgenden ist vielmehr der Frage nachzugehen, welches Verständnis vom Soldatentum Heuss hatte und wie er seine Vorstellungen als Bundespräsident in die Debatten um den Aufbau einer neuen Armee und militärischen Kultur in der frühen Bundesrepublik einspeiste. Seinen Prägungen durch die Militarisierung des bürgerlichen Denkens im Kaiserreich sowie durch die Vorstellungen seines Mentors Friedrich Naumann von einer Armee als integrierendem Instrument für den imperialistischen nationalen Machtstaat kann im Folgenden ebenso wenig nachgegangen werden wie der Frage, welches Bild vom Soldaten und vom Militär er in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus hatte. Die Ausführungen müssen sich auf die Nachkriegszeit beschränken und auf die Fünfzigerjahre konzentrieren; allenfalls punktuell können Bezüge zu der Zeit vor 1945 hergestellt werden, die vor allem auf eine Konstanz im Denken von Heuss hinweisen.

Vier Politikfelder lassen sich herausarbeiten, auf denen Heuss als Bundespräsident Teil der Auseinandersetzung über die Wiederbewaffnung und die Einführung eines neuen Soldatentypus war:

1. die Geschichtspolitik, über die er sich mit der militärischen Tradition in kritischer wie auch affirmativer Hinsicht auseinandersetzte;
2. die Integrationspolitik, die auch große Teile der ehemaligen Wehrmachtssoldaten und -offiziere sowie Kriegsteilnehmer aus der SS umfasste;
3. die Interventionsversuche, mit denen er politischen Einfluss auszuüben versuchte;

¹³ Begegnungen mit Theodor Heuss. Hrsg. von Hans Bott und Hermann Leins, Tübingen 1954, S. 173; vgl. auch Hans Speidel, *Aus unserer Zeit. Erinnerungen*, Berlin, Frankfurt a. M., Wien 1977, S. 524; Dieter Krüger, Hans Speidel und Ernst Jünger. *Freundschaft und Geschichtspolitik im Zeichen der Weltkriege*, Paderborn [u. a.] 2016, S. 91.

¹⁴ Bernhard W. Krack, *Staatsoberhaupt und Streitkräfte. Die Position des Bundespräsidenten zur Bundeswehr und zur Sicherheitspolitik*, Würzburg 1990, S. 85–241.

¹⁵ Dieter E. Kilian, *Politik und Militär in Deutschland. Die Bundespräsidenten und Bundeskanzler und ihre Beziehungen zu Soldatentum und Bundeswehr*, Berlin 2011, S. 24–68.

4. die Erziehungspolitik, die Berührungspunkte zum Konzept des »Staatsbürgers in Uniform« aufwies.

1 Geschichtspolitik kritisch: Distanz zu militärischen Traditionen

Heuss nahm den Zusammenbruch 1945 als eine »Stunde Null« wahr, denn »eine die zwölf Jahre überdauernde fruchtbare Tradition fehlt; es wäre ein geschichtliches Mißverständnis, nur eben aus Groll gegen die Verwüstungen durch die Hitlerei einfach im Jahre 1933 wiederansetzen zu wollen.«¹⁶ Im Rahmen seiner Geschichtspolitik setzte er sich auch mit der militärischen Tradition in Deutschland auseinander. Hatte er vor 1945 die Bedeutung der preußischen Heeresreformen für die Demokratisierung und Nationalstaatsbildung hervorgehoben,¹⁷ so war für ihn diese militärische Tradition nun zerbrochen. Die Wehrmachtsführung selber habe sie desavouiert, indem sie sich dem NS-Parteiapparat und -geist unterworfen habe: »Die Erweichung eines überkommenen Ehr- und Würdegefühls durch das Eindringen nationalsozialistischer Denkgewöhnung gelang in der Schlußetappe fast vollkommen.«¹⁸ Und er schloss seinen Leitartikel über »Das Ende der Wehrmacht« im September 1945 mit dem vernichtenden Urteil:

»Die Linie Gneisenau-Moltke-Schlieffen [...] endet und verschwindet, zerfasert und geknickt, im vollen intellektuellen und moralischen Ungenügen, ein Körper, der wie wenige geschichtsmächtig war, stirbt, ohne daß der Ausgang auch nur ein geringes Symbol seiner historischen Würde schafft.«¹⁹

Auch als Bundespräsident scheute Heuss nicht davor zurück, sich von der deutschen militärischen Tradition zu distanzieren. Anlässlich der Jahresfeier zum Zusammentritt des Bundestages stellte er am 7. September 1950 klar: »jener miles gloriosus – wir haben seine Stimme noch im Ohr – ist untergegangen, nachdem seine Hybris ihn zum Totengräber des Schicksals einer Nation gemacht hat.«²⁰ Im

16 Theodor Heuss, Politische Erziehung. In: Rhein-Neckar-Zeitung, 17.10.1945.

17 Theodor Heuss, Die neue Demokratie, Berlin 1920, S. 91f.

18 Theodor Heuss, Das Ende der deutschen Wehrmacht. In: Rhein-Neckar-Zeitung, 12.9.1945.

19 Ebd.; vgl. auch Ulrich Baumgärtner, Reden nach Hitler. Theodor Heuss – die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, Stuttgart, München 2001 (= Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus. Wissenschaftliche Reihe, 4), S. 259–299.

20 Theodor Heuss, Ansprache zur Feier des Nationalen Gedenktages des deutschen Volkes im Plenarsitzungssaal des Deutschen Bundestages, 7.9.1950, BAArch, SBTH, B 122, 215.

Zeichen der Wiederbewaffnung wies er in einer Rede vor der Evangelischen Akademie Bad Boll im Herbst 1955 dem Soldatentum selber die »Aufgabe der Überprüfung seiner Werte [zu], die bei mancherlei sogenannten ›Traditionsverbänden‹ oder doch ihren Festrednern in der Gefahr stehen, *mumifiziert* statt entwickelt zu werden.«²¹ Und in seinem letzten Amtsjahr stellte er vor Angehörigen der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg mit apodiktischer Gewissheit fest: »eine eigenständige, eine autonome preußisch-deutsche Militärgeschichte ist zu Ende; sie gibt es nicht mehr.«²²

Heuss zog mit dieser Haltung auch Kritik von nationalistischen Soldatenkreisen auf sich, die ihr Sprachrohr in der »Deutschen Soldaten-Zeitung« fanden.²³ Dieses Blatt warf dem Bundespräsidenten vor, die »soldatischen Traditionen auf die Seite weggewischt zu haben«, die sich in den Millionen von toten »Märtyrern« manifestierten. Die Bundeswehr sei in direkter Kontinuität zu allen ihren Vorgängerarmeen einzuordnen:

»Wir haben nun wieder eine deutsche Armee. Vor ihr gab es immer eine deutsche Armee. Ihre Leistung, ihr Mut und ihre Verlässlichkeit allein können Vorbilder für unsere junge Truppe sein. Die Tradition ist der große Kraftquell, der die deutsche Bundeswehr trotz aller Querschüsse zu jenen Leistungen befähigt, die bisher vollbracht wurden.«²⁴

Die Auseinandersetzung mit dem Staatsoberhaupt zog sich einige Wochen hin.²⁵ Kurz darauf griff Heuss auf der Kieler Woche das Thema unter dem Titel »Wert und Unwert einer Tradition« wieder auf und reagierte damit auf das Echo, das seine umstrittene Hamburger Rede ausgelöst hatte. Dabei machte er noch einmal deutlich:

»Das Suchen nach einer fruchtbaren Tradition bedarf des Weges auf einer geschichtlichen Kontinuität. Diese ist uns durch die politische Technik der hitlerischen Epoche wie durch den Ausgang seines Krieges völlig zerrissen worden.«²⁶

21 Theodor Heuss, Der deutsche Weg – Rückfall oder Fortschritt. Ansprache auf der ersten Tagung im neuen Haus der Evangelischen Akademie Bad Boll, 29.9.1955, BAArch, SBTH, B 122, 243.

22 Theodor Heuss, Soldatentum in unserer Zeit, 12.3.1959. In: Theodor Heuss, Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden. Ausgew. und komment. von Martin Vogt. Mit einem einl. Essay von Ralf Dahrendorf, Tübingen 1984, S. 488–499, hier S. 491.

23 Zu den Reaktionen auf die Rede »Soldatentum in unserer Zeit«, BAArch, SBTH, B 122, 627.

24 Artikel »Die soldatischen Traditionen auf die Seite weggewischt«. In: Deutsche Soldaten-Zeitung, 9 (April 1959), 4 (1. Folge).

25 Leserbrief des Bundespräsidialamtes. In: Deutsche Soldaten-Zeitung, 9 (April 1959), 5 (2. Folge); Antwort der Redaktion in: ebd., 9 (Mai 1959), 7 (2. Folge).

26 Theodor Heuss, Wert und Unwert einer Tradition, Festvortrag des Bundespräsidenten im Rahmen der Kieler Woche, 25.6.1959. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 4.7.1959, Nr. 118, S. 1197–1199, hier S. 1199.

In der Frage militärischer Traditionen und Werte geriet Heuss auch in einen Gegensatz zum national-liberalen Flügel der FDP, deren erster Bundesvorsitzender er 1948/49 gewesen war. Die politische Haltung der Freidemokraten zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik begrüßte er grundsätzlich noch. Die FDP maß wehrpolitischen Themen einen großen Stellenwert zu und unterstützte generell Adenauers Kurs in der Sicherheitspolitik. Auf die Weichenstellungen zur westdeutschen Verteidigungspolitik übte sie in Regierung und Bundestag hingegen wenig Einfluss aus.²⁷ Personell, institutionell und programmatisch hatten die Liberalen aber viele Berührungspunkte mit ehemaligen Soldaten.²⁸ Hohe Parteivertreter wie Franz Blücher oder der ehemalige General der Panzertruppe Hasso von Manteuffel hingen einer »Soldatentumsideologie an, die sich als ewiger sittlicher Wertekanon versteht und alle historischen Epochen und Strömungen überdauert und rechtfertigt«.²⁹ Der einstige Wehrmachtsoffizier Erich Mende erinnerte 1953 vor dem Bundestag an »die Ehrfurcht vor bewährten Vorbildern und soldatischen Traditionen unserer hieran nicht armen Geschichte«.³⁰ Konsequenterweise forderte er die Übernahme militärischer Symbole auch aus der Wehrmacht und die Beibehaltung der Bezeichnung »Wehrmacht« für die neue Armee.³¹

Prominente Liberale rekurrierten also auf den Zweiten Weltkrieg und die Wehrmacht als historische Bezugsgrößen für die Kontinuität soldatischer Werte.³² Als die FDP diese Werte durch entsprechendes Personal in der Bundesregierung vertreten sehen wollte, geriet sie mit dem Bundespräsidenten aneinander. So beschwerte sich die Parteispitze im Dezember 1950 beim Staatsoberhaupt, dass Adenauer eigenmächtig den Gewerkschafter Blank zum Sicherheitsbeauftragten im Bundeskanzleramt ernannt, hingegen ihren Parteifreund Eberhard Wildermuth – hochdekoriertes Oberst der Wehrmacht, Bundesbauminister und vom Kanzler schon früh mit der Erarbeitung eines verteidigungspolitischen Konzepts

27 Dietrich Wagner, FDP und Wiederbewaffnung. Die wehrpolitische Orientierung der Liberalen in der Bundesrepublik 1949–1955, Boppard a.Rh. 1978, S. 158f.; Jörg Echternkamp, Soldaten im Nachkrieg. Historische Deutungskonflikte und westdeutsche Demokratisierung 1945–1955, München 2014 (= Beiträge zur Militärgeschichte, 76), S. 379f.

28 Dazu und im Folgenden Wagner, FDP (wie Anm. 27), S. 25–66.

29 Ebd., S. 49, auch S. 153; zu Manteuffel: Dorothee Hochstetter, Hasso von Manteuffel (1897–1978). Vom Panzergeneral zum Parlamentarier der FDP. In: Jahrbuch zur Liberalismusforschung, 27 (2015), S. 205–237.

30 Zit. nach: Wagner, FDP (wie Anm. 27), S. 151.

31 Ebd., S. 150–153; Echternkamp, Soldaten (wie Anm. 27), S. 378f.

32 Echternkamp, Soldaten (wie Anm. 27), S. 382.

beauftragt – nicht berücksichtigt hatte.³³ Obwohl Heuss seinen württembergischen Landsmann Wildermuth sehr schätzte,³⁴ begrüßte er die Ernennung Blanks, weil es entscheidend sei, »die Arbeiterschaft zu gewinnen. Das kann Theo Blank eher als ein miles gloriosus.«³⁵ Während Heuss also die Wiederbewaffnung in die Hände eines Zivilisten legen wollte, der glaubwürdig den Neubeginn verkörpern könne, sah er in Wildermuth einen anachronistischen Soldatentypus. Genau davon fühlte sich der anwesende Mende provoziert, weil er die Ehre aller Wehrmachtssoldaten des Zweiten Weltkrieges verletzt sah.³⁶

In der Tat zeigte sich Blank in der Öffentlichkeit als energischer Militärreformer, der mit dem Militarismus der Vergangenheit radikal brechen wollte und ein neues, nüchternes Erscheinungsbild der Armee anstrebte.³⁷ Doch als er sich selbst im Sommer 1956, mittlerweile Bundesverteidigungsminister, einer militärischen Rhetorik bediente, mit der er die Bundeswehrsoldaten dazu ermunterte hatte, »wieder ein Beispiel im ›Vorsterben‹«³⁸ zu geben, wandte sich der Bundespräsident voller Sorge an den Kanzler:

»Solche Sprüche [...] hängen einem, verzeihen Sie, wenn ich mich so derb ausdrücke, gegenüber der anonymen Tragik des modernen Krieges einfach zum Halse heraus. Auch sonst scheint wieder das alte Vokabular fröhliche Urstände zu erfahren, und in ihm wird die Notwendigkeit, für die Militärdinge ein herbes neues Ethos zu schaffen, das auch einer neuen Sprache bedarf, begraben.«³⁹

Heuss beobachtete aufmerksam Tendenzen, die ihm als Gradmesser für eine Wiederkehr veralteter militärischer Traditionen galten und die Durchsetzung eines neuen soldatischen Ethos zu gefährden schienen.

33 Agilolf Kesselring und Thorsten Loch, Himmerod war nicht der Anfang. Bundesminister Eberhard Wildermuth und die Anfänge der westdeutschen Sicherheitspolitik. In: Militärgeschichtliche Zeitschrift, 74 (2015), 1, S. 60–96.

34 Theodor Heuss, Würdigungen. Reden, Aufsätze und Briefe aus den Jahren 1949–1955. Hrsg. von Hans Bott, Tübingen 1955, S. 230–233.

35 Zit. in den Erinnerungen von Erich Mende, Die neue Freiheit 1945–1961, München, Berlin 1984, S. 189.

36 Ebd., S. 189f.

37 Donald Abenheim, Bundeswehr und Tradition. Die Suche nach dem gültigen Erbe des deutschen Soldaten. Mit einem Vorw. von Gordon A. Craig, München 1989 (= Beiträge zur Militärgeschichte, 27), S. 49–52.

38 So Blank am 13.7.1956 in Flensburg vor Angehörigen des Verbandes deutscher Soldaten laut Frankfurter Rundschau vom 11.8.1956.

39 Heuss an Konrad Adenauer, 11.8.1956. In: Heuss, Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959 (wie Anm. 3), S. 308.

Ein wichtiges Element der Auseinandersetzung mit den militärischen Traditionen bildete die Symbolpolitik. Sie ist alles andere als ein Politiksurrogat, sondern ein »notwendiger Bestandteil politischer Kommunikation und demokratischer Legitimation«. ⁴⁰ Heuss kam die sogenannte Ehrenhoheit zu, die ihm die Definitionsmacht über Staatssymbole überließ. Dass er sich dabei auf einem schwierigen Terrain bewegte, hatte ihm schon sein missglückter Versuch vor Augen geführt, eine neue Nationalhymne einzuführen. Dabei hatte er aus dem Blick verloren, dass Menschen in Umbruchszeiten gerade Halt und Orientierung an vertrauten nationalen Symbolen bedürfen. ⁴¹ Bei der Stiftung neuer ziviler Orden und Auszeichnungen wie dem Bundesverdienstorden und dem Silbernen Lorbeerblatt war ihm hingegen mehr Erfolg beschieden. ⁴² Anders als bei seiner engagierten Wiederbelebung des Ordens *Pour le mérite* in der Friedensklasse lehnte er eine Neuauflage der Militärklasse des Ordens ab: »ich werde nie einen Kriegsorden stiften, der auf Friedrich II. zurückgeht, ich denke, daß ich überhaupt nie vor die Frage komme, Militärauszeichnungen zu stiften.« ⁴³

Dennoch musste er sich mit der Frage auseinandersetzen, wie mit bestehenden militärischen Auszeichnungen der Wehrmacht zu verfahren sei, deren Tragen von der Hohen Alliierten Kommission 1949 gesetzlich verboten worden war. Im Zusammenhang mit der Stiftung des Bundesverdienstordens hatte er eine Klärung dieses Problems und die Einrichtung eines Gutachterausschusses zugesagt. ⁴⁴ In einem Schreiben an Otto Gessler, in dem er diesen um die Übernahme des Vorsitzes des Ausschusses bat, teilte er mit, dass ihm eine »politisch tragbare Lösung« vorschwebte, »um diesen Teil der Diffamierung des deutschen Soldaten baldmöglichst zu beseitigen«. ⁴⁵ Es handelte sich um einen Balanceakt zwischen Tradition und Neubeginn. Ein fortwährendes Verbot des Tragens von verliehenen Tapferkeitsauszeichnungen der Wehrmacht hätte die ehemaligen Soldaten der

40 Ulrich Sarcinelli, *Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System*, 2., überarb. und erw. Auflage, Wiesbaden 2009, S. 132–146, hier S. 146.

41 Merseburger, Theodor Heuss (wie Anm. 12), S. 506–514; Becker, Theodor Heuss (wie Anm. 10), S. 133–136; Klaus Goebel, »Neugierig, was ich zum Schluß gedichtet haben werde«. Der Streit um die deutsche Nationalhymne 1950–1952. In: *Zum Ideologieproblem in der Geschichte*. Hrsg. von Erich Giesecking [u. a.], Lauf an der Pegnitz 2006 (= *Subsidia academica*. Reihe A: Neuere und neueste Geschichte, 8), S. 119–137; Clemens Escher, »Deutschland, Deutschland, Du mein Alles!«. Die Deutschen auf der Suche nach einer neuen Hymne 1949–1952, Paderborn 2017.

42 Becker, Theodor Heuss (wie Anm. 10), S. 136.

43 Heuss, *Tagebuchbriefe* (wie Anm. 6), S. 106.

44 Auch im Folgenden Hans Rothfels, Theodor Heuss, die Frage der Kriegsorden und die Friedensklasse des *Pour le mérite*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 17 (1969), S. 414–422; Echternkamp, *Soldaten* (wie Anm. 27), S. 175–181.

45 Heuss an Otto Gessler, 15.11.1951, BArch, SBTH, N 1221, 300.

Bundesrepublik entfremdet. Das war auch Heuss bewusst, als er sich zu dem Thema im Februar 1956 äußerte, um das Gesetzgebungsverfahren voranzutreiben.⁴⁶ Er schloss sich der Auffassung des Gutachterausschusses an, nur solche Kriegsauszeichnungen zuzulassen, die kein Hakenkreuz zeigen, ansonsten Ersatzstücke mit anderen Emblemen zu fertigen. Abgesehen vom Verwundetenabzeichen und dem Eisernen Kreuz stellte das Staatsoberhaupt aber zugleich zahlreiche Kriegsauszeichnungen auch ohne Hakenkreuz aufgrund ihrer zweifelhaften Tradition infrage.⁴⁷ Er plädierte für eine Verringerung, Vereinfachung oder gar Neugestaltung der künftigen Auszeichnungen. Selbst ohne Hakenkreuz verkörperten für Heuss viele militärische Orden aus der Wehrmachtszeit eine problematische Tradition, die ihm auch aus ästhetischen Gründen inakzeptabel erschien: »Aber bei dem Versuch, den viel erwähnten Traditionswerten des Militärischen gerecht zu werden, kann ich nicht glauben, daß der künstlerische Mißgeschmack von Adolf Hitler diesen zuzurechnen ist.«

Noch auf einem anderen symbolpolitischen Terrain agierte Heuss. Das »Soldatengesetz« legte fest, dass der Bundespräsident die »Bestimmungen über die Uniform der Soldaten« erlässt.⁴⁸ Die Alliierten hatten das Tragen der Wehrmachtsuniformen 1945 verboten und dieses Verbot 1949 bekräftigt.⁴⁹ Bereits 1955 hatte Heuss, beraten von Militärs, schlichte Varianten für alle Teilstreitkräfte eingeführt.⁵⁰ Sie »brachten auf der symbolischen Ebene, durch den weitgehenden Verzicht auf die überkommenen militärischen Ornamente, die Distanz zur eigenen Vergangenheit zum Ausdruck«.⁵¹ Dieses unpräzise Erscheinungsbild erfreute sich unter den Soldaten wenig Beliebtheit, sodass in den Folgejahren bei Farbe und Schnitt der Uniformen sowie bei Abzeichen nachgebessert wurde.⁵² Den Änderungen von Details der Uniformgestaltung maß Heuss persönlich keine »größere Bedeutung« zu, so 1958 gegenüber Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß, weil er seine »Weltanschauung« weder auf »Litzen« noch auf »Spiegel« ausgedehnt« noch die Absicht habe, »in die Fußstapfen von Wilhelm II. oder

46 Auch im Folgenden Theodor Heuss, Bemerkungen zur Ordensfrage, zumal der Kriegsauszeichnungen. In: Heuss, Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959 (wie Anm. 3), S. 275–277.

47 Zum Beispiel die Feldzug-Schilder.

48 Gesetz über die Rechtsstellung des Soldaten (Soldatengesetz), 19.3.1956, § 4, Abs. 3. In: Bundesgesetzblatt, T. 1, S. 114–126, hier S. 115.

49 Echternkamp, Soldaten (wie Anm. 27), S. 115.

50 Erste Anordnung des Bundespräsidenten über die Dienstgradbezeichnungen, die Ernennung und Entlassung sowie die Uniform der freiwilligen Soldaten, 23.7.1955. In: Bundesgesetzblatt, T. 1, S. 452–454.

51 Echternkamp, Soldaten (wie Anm. 27), S. 393.

52 Uniformen der Bundeswehr. Hrsg. vom Bundesministerium der Verteidigung, Berlin 2016, S. 6–8.

Hitler zu treten«. ⁵³ Dennoch verfolgte er die Entwicklung aufmerksam und nahm auch auf Detailfragen Einfluss, denn er wolle nicht dem »Autonomiebedürfnis militärischer Stellen« freien Lauf lassen und sich »dem Fetisch des Traditionsgedankens« unterwerfen. ⁵⁴ Was er grundsätzlich verhindern wollte, war, dass eine »vorgebliche Tradition« ⁵⁵ übernommen werde, die mit dem demokratischen Neubeginn der Bundesrepublik nicht kompatibel sei. In die gleiche Richtung zielte seine Ablehnung einer militärischen Sonderflagge – ein Eisernes Kreuz in der schwarz-rot-goldenen Trikolore –, mit der er sich an den fatalen Flaggenkompromiss der Weimarer Republik und an die Sonderrolle der Reichswehr erinnert fühlte. ⁵⁶

Die Traditionskritik des Bundespräsidenten traf sich mit der militärkritischen Haltung großer Teile der deutschen Bevölkerung nach 1945. Die Erinnerung an die letzten Kriegsjahre, über die sich eine »neue Erfahrungsschicht« der Niederlage und Besatzungsherrschaft gelegt hatte, führte zu einem eklatanten Ansehensverlust der Wehrmachtssoldaten und zu einer Ablehnung des verlorenen Weltanschauungskrieges; eine »Friedenskultur« oder eine Verantwortungsbereitschaft für die NS-Verbrechen erwuchs daraus aber nicht. ⁵⁷ Der Konsens über gemeinsame militärische Werte und Symbole war zerbrochen. ⁵⁸ Daran knüpften auch die Militärreformer an, deren Reformprogramm zur Aufstellung neuer Streitkräfte in der ersten Hälfte der Fünfzigerjahre zunächst ein »Anti-Traditions-Konzept« war. ⁵⁹ Ein kritisches Traditionsverständnis, mit dem soldatische Werte im Hinblick auf die Anforderungen der Gegenwart überprüft und gegebenenfalls verworfen werden sollten, war ein wichtiger Bestandteil des Konzepts der Inneren

53 Heuss an Franz Josef Strauß, 25.2.1958. In: Heuss, *Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959* (wie Anm. 3), S. 426f.; vgl. auch die Erinnerungen von Gerd Schmückle, *Ohne Pauken und Trompeten. Erinnerungen an Krieg und Frieden*, Stuttgart 1982, S. 129f. Heuss hatte den Komplex der Uniform- und Abzeichengestaltung an Theodor Blank delegiert, »aber Voreinsicht erbeten«; Heuss, *Tagebuchbriefe* (wie Anm. 6), S. 96.

54 Heuss an Strauß, 25.2.1958. In: Heuss, *Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959* (wie Anm. 3), S. 427.

55 Heuss an Reinhold Kreitmeyer, 15.3.1956, BArch, SBTH, B 122, 629.

56 Heuss, *Tagebuchbriefe* (wie Anm. 6), S. 99.

57 Echternkamp, *Soldaten* (wie Anm. 27), S. 183–187; Jörg Echternkamp, *Wut auf die Wehrmacht? Vom Bild der deutschen Soldaten in der unmittelbaren Nachkriegszeit*. In: *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Rolf-Dieter Müller und Hans-Erich Volkmann, München 1999, S. 1058–1080; vgl. auch die Ergebnisse der Umfragen in: BArch, SBTH, B 122, 628.

58 Abenheim, *Bundeswehr* (wie Anm. 37), S. 7–9.

59 Zit. nach: ebd., S. 34.

Führung. In einem Diskussionsbeitrag stellte der geistige Kopf der Reformer, Wolf Graf von Baudissin, 1951 fest:

»Alle früher als gültig erachteten Werte vom Staat bis zum Individuum sind erschüttert; insbesondere sind fragwürdig geworden die Stellung und Bedeutung, ja die Notwendigkeit des Soldaten überhaupt. Doch sollte man nicht bei der bedauernden Feststellung dieser Auflösungserscheinungen stehenbleiben, sondern dankbar sein für die Gnade des Nullpunktes.«⁶⁰

In der Tat sollte die Bundeswehr aufgrund ihrer defensiven Aufgabe im Rahmen eines übernationalen Bündnisses, ihrer demokratischen Entstehungsgeschichte und der politischen Kontrolle durch das Parlament eine tiefe Zäsur in der deutschen Geschichte darstellen.⁶¹ Mit denjenigen führenden Militärs, die für eine Neuorientierung der Streitkräfte standen, tauschte sich Heuss intensiv aus, insbesondere dann, wenn sie seinem »Ideal vom fachlich versierten und umfassend gebildeten Offizier«⁶² entsprachen. In einem Gespräch mit Adenauer wies er darauf hin, dass die richtige Auswahl der künftigen Offiziere außerordentlich wichtig sei, »um von Anfang an einen politischen Einfluss des neuen Militärs auszuschalten und der neuen deutschen Wehrmacht die richtige staatspolitische Gesinnung einzupflanzen«.⁶³ Offensichtlich hatte sich Heuss schon zu Beginn seiner ersten Amtszeit bei Adenauer dafür eingesetzt, Hans Speidel als militärischen Berater der Bundesregierung vorzusehen.⁶⁴ Mit diesem konnte der Bundespräsident auf einen Offizier zurückgreifen, der ihm in sicherheitspolitischen Fragen aus dem Machtzentrum berichtete.⁶⁵

Über die Frage militärischer Traditionen stand Heuss vor allem mit Baudissin in Kontakt. Im Frühsommer 1955, kurz vor Baudissins Studienreise in die USA, ließ er sich über die wehrpolitischen Ideen des Offiziers informieren. Dessen Bericht über die USA-Reise wurde dem Bundespräsidenten zugesandt.⁶⁶ Ein weiteres Treffen fand im Dezember unter Umgehung des Vorgesetzten Blank statt,

60 Wolf Graf von Baudissin, Diskussionsbeitrag in Hermannsburg (1951). In: Wolf Graf von Baudissin, Soldat für den Frieden. Entwürfe für eine zeitgemäße Bundeswehr. Hrsg. und eingel. von Peter von Schubert, München 1969, S. 23–27, hier S. 23; vgl. auch Abenheim, Bundeswehr (wie Anm. 37), S. 60f.

61 Abenheim, Bundeswehr (wie Anm. 37), S. 215f.

62 Krack, Staatsoberhaupt (wie Anm. 14), S. 198.

63 Gespräch mit Adenauer, 25.10.1954. In: Konrad Adenauer und Theodor Heuss, Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959. Bearb. von Hans Peter Mensing, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Berlin 1997, S. 151.

64 Heuss, Tagebuchbriefe (wie Anm. 6), S. 140.

65 Ebd.; Speidel, Aus unserer Zeit (wie Anm. 13), S. 271.

66 Er findet sich in den Akten des Bundespräsidialamtes; BArch, SBTH, B 122, 629.

auf dem Heuss sich von Baudissin Rat holte, ob er anlässlich des bevorstehenden Neujahrsempfangs einen Ehrenzug der Bundeswehr aufmarschieren lassen solle. Weil Baudissin derlei Traditionen skeptisch gegenüberstand und von solcher »Soldatenspielerei mit Paradedruppen« abriet, fühlte sich Heuss bestätigt und verzichtete auf das von der Regierung gewünschte militärische Gepränge.⁶⁷ In Vorbereitung der Rede »Soldatentum in unserer Zeit« vor der Führungsakademie der Bundeswehr am 12. März 1959 tauschte sich das Bundespräsidialamt intensiv mit Baudissin über den Stellenwert von Tradition für die Bundeswehr aus, die »integrierender Bestandteil unseres demokratischen Staatswesens ist«, so ein enger Mitarbeiter von Heuss.⁶⁸ Es war ganz im Sinne des Staatsoberhauptes, wenn Baudissin zuvor schrieb:

»An der Traditionsfrage entscheidet sich wahrscheinlich die Stellung des Soldaten zum Staat, zur sozialen Wirklichkeit und politischen Linken, sein Verhältnis zur Vergangenheit, zum Beruf, zum Gegner und zum Kriege.«

Und der Militärreformer gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Bundespräsident mit »einigen unüberhörbaren Bemerkungen zur Tradition [...] den fortschrittlich Gesonnenen in der Bundeswehr einen außerordentlichen Dienst tun« würde.⁶⁹

2 Geschichtspolitik affirmativ: sittliche Aneignung militärischer Traditionen als uneingelöste Versprechen einer »unbeschädigten« nationalen Vergangenheit

Diese »fortschrittlich Gesonnenen« erkannten aber bald, dass die Neubegründung der Streitkräfte nicht bei einem Nullpunkt beginnen konnte. In der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre wuchs unter den Militärreformern die Einsicht, dass in Umbruchszeiten, in denen eine neue Ordnung geschaffen wird, das Bedürfnis nach vermeintlich bewährten Traditionsbeständen wächst, um deren Geltungs-

⁶⁷ Vgl. oben, S. 460; zu den beiden Treffen vgl. Der Spiegel, 25.1.1956, S. 14; außerdem der Hinweis im Schreiben von Baudissin an Albert Einsiedler, Ministerialrat im Bundespräsidialamt, 16.2.1959, BArch, SBTH, B 122, 629.

⁶⁸ Einsiedler an Baudissin, 19.2.1959, BArch, B 122, 629; Heuss, Tagebuchbriefe (wie Anm. 6), S. 405.

⁶⁹ Baudissin an Einsiedler, 16.2.1959, BArch, B 122, 629.

kraft gerungen werden muss. Reform und Tradition waren »die zwei Seiten ein und derselben Münze«. ⁷⁰ So durchzieht die Geschichte der Bundeswehr seitdem die Diskussion um eine angemessene Traditionspflege, die eine Zeit lang »in einer Art politischer und bürokratischer Schwebel« blieb. ⁷¹ Welche militärischen Traditionen konnten im Hinblick auf eine Armee, die in eine freiheitlich demokratische Grundordnung eingebunden war, weiterhin verwertet werden und als Legitimationsquelle für die Neuorientierung der Bundeswehr dienen?

Baudissin unterschied eine äußerliche, zeitbedingte Konvention von einer Tradition, die auf immer noch gültigen Werthaltungen beruhe, und schuf mit Blick auf die Vergangenheit einen überzeitlichen Anknüpfungspunkt. ⁷² Diesen fand er bei den preußischen Reformern um den Freiherrn vom Stein und Gerhard von Scharnhorst, deren »sittliche Verwurzelung« in den Werten »Freiheit, Recht und Menschenwürde« er zum Vorbild der Gegenwart und »zur Existenzfrage unserer freien Welt und ihrer Soldaten« erhob. ⁷³ Darin sah er den Beginn einer Traditionslinie, in die er sein Reformprogramm stellen wollte. Die Idee des »Bürgers in Uniform« ließ sich – so Baudissin – von preußischen Reformern und Frühliberalen wie Karl von Rotteck über Sozialisten wie Jean Jaurès und August Bebel bis hin zu Vertretern des Widerstandes gegen Hitler wie Julius Leber, Ludwig Beck oder Claus Schenk Graf von Stauffenberg verfolgen. ⁷⁴ Aber diese Idee blieb in ihren verschiedenen historischen Kontexten Desiderat; unter den Bedingungen der freiheitlichen Demokratie in der Bundesrepublik sollte sie nun realisiert werden. »Der ›Staatsbürger in Uniform‹ wird sich«, schrieb Baudissin 1955 in einem Zeitschriftenbeitrag, »bestimmte Gestalten auch aus der soldatischen Vergangenheit zum Vorbild setzen [...]; doch wird sein Leitbild profiliert durch jene Ordnung, die er schützt, und durch die besonderen Bedingungen

70 Abenheim, Bundeswehr (wie Anm. 37), S. 34 und S. 56–66.

71 Ebd., S. 34f.

72 Wolf Graf von Baudissin, Soldatische Tradition und ihre Bedeutung für die Gegenwart (1956). In: Baudissin, Soldat für den Frieden (wie Anm. 60), S. 79–86; vgl. auch Handbuch Innere Führung. Hilfen zur Klärung der Begriffe. Hrsg. vom Bundesministerium für Verteidigung, Bonn 1957, S. 49–52.

73 Wolf Graf von Baudissin, Die Bedeutung der Reformen aus der Zeit deutscher Erhebung für die Gegenwart (1957). In: Baudissin, Soldat für den Frieden (wie Anm. 60), S. 86–94, hier S. 94.

74 Norbert Wiggershaus, Zur Debatte um die Tradition künftiger Streitkräfte 1950–1955/56. In: Hans-Joachim Harder und Norbert Wiggershaus, Tradition und Reform in den Aufbaujahren der Bundeswehr, Herford, Bonn 1985, S. 7–96, hier S. 54; Baudissin, Soldatische Tradition (wie Anm. 72); Wolf Graf von Baudissin, Zum 20. Juli 1960. In: Baudissin, Soldat für den Frieden (wie Anm. 60), S. 95–102; Brief von Baudissin an Gerd Schmückle, 18.2.1959, BArch, SBTH, B 122, 629.

seiner Aufgabe.«⁷⁵ Auch wenn Baudissins Blick auf die Vergangenheit zum Teil die Ideen der preußischen Heeresreformer idealisierte und aus dem Kontext des frühen 19. Jahrhunderts löste, handelte es sich um durchaus produktive Missverständnisse. So konnte er Prinzipien der Reformer für den Aufbau neuer Streitkräfte in eine Demokratie überführen.⁷⁶

Heuss, der bevorzugt in historischen Bezügen dachte, war sich ebenfalls bewusst, dass sich die neuen Streitkräfte nicht allein aus sich selbst heraus begründen ließen. Seine nachdrücklichen Warnungen vor einer naiven Traditionshuberei schlossen keine radikale Geschichtsverweigerung ein; vielmehr benannte der Bundespräsident auch Traditionen, die durchaus noch Gültigkeit für die Bundeswehr als einer »Armee ohne Pathos«⁷⁷ beanspruchen konnten. Dabei griff er auf Traditionsbestände zurück, die noch immer auf ihre Einlösung zu warten schienen. Auch wenn er betonte, dass die Tradition der preußischen Heeresreformen mit dem Jahr 1945 materiell zerstört sei, hob er doch die traditionsbrechende Kraft der Reformer hervor und sah darin einen überzeitlichen Anknüpfungspunkt für die Begründung der neuen Streitkräfte. In seiner Silvesteransprache 1955 erinnerte er an den 200. Geburtstag Scharnhorsts:

»Denn seine geistige und geschichtliche Größe beruht darin, daß er vom *Sittlichen* her die so großartige und ruhmreiche friderizianische Militär-Tradition *mitleidlos zerschlug* und ein neues soldatisches Ethos [...] erst begründete.«⁷⁸

Außerdem berief sich Heuss immer wieder auf Jean Jaurès und dessen Werk »L'Armée nouvelle« (1911). Schon in der Weimarer Republik war Jaurès ihm Gewährsmann für die Idee der allgemeinen Wehrpflicht als »Schrittmacher eines demokratischen Nationalgefühls«.⁷⁹ Mit Blick auf den »Geist und die Erziehung der Soldaten der kommenden Bundeswehr«⁸⁰ rief er nach 1949 den Reform-

75 Wolf Graf von Baudissin, Das Leitbild des zukünftigen Soldaten. In: Die neue Gesellschaft, 2 (Januar/Februar 1955), S. 26–37, hier S. 28.

76 Martin Kutz, Reform als Weg aus der Katastrophe. Über den Vorbildcharakter der Preußischen Reformen 1808–1818 und die Vergleichbarkeit der Situation von 1806 und 1945 für Arbeit und Denken Baudissins. In: Innere Führung. Zum Gedenken an Wolf Graf von Baudissin. Hrsg. von Hilmar Linnenkamp und Dieter S. Lutz, Baden-Baden 1995 (= Demokratie, Sicherheit, Frieden, 94), S. 71–89.

77 So der Titel des viel rezipierten Buches des ehemaligen Offiziers Adelbert Weinstein, Armee ohne Pathos. Die deutsche Wiederbewaffnung im Urteil ehemaliger Soldaten, Bonn 1951; vgl. dazu auch Achenheim, Bundeswehr (wie Anm. 37), S. 64–66.

78 Theodor Heuss, Silvesteransprache, 31.12.1955, BArch, SBTH, B 122, 244; vgl. auch Heuss, Deutsche Weg (wie Anm. 21).

79 Heuss, Neue Demokratie (wie Anm. 17), S. 92.

80 Heuss, Deutsche Weg (wie Anm. 21).

sozialisten in Erinnerung, wenn er für das »demokratische, zugleich geistig durchgeschulte Heer«⁸¹ warb. 1953 empfahl er Theodor Blank die Lektüre von »L'Armée nouvelle«, denn auch wenn sich die Probleme des modernen Heeres und seiner Kriegstechnik seit Beginn des 20. Jahrhunderts gewandelt hätten, sei das Buch hilfreich, »das Ethos eines demokratischen Heeres zu fundamentieren«.⁸²

Ebenso machte Heuss in der Revolution von 1848/49 Aspekte einer Tradition aus, an der sich die junge Bundeswehr in der deutschen Nachkriegsdemokratie orientieren sollte. Trotz ihres Scheiterns stehe die Revolution für einen demokratisch-freiheitlichen Strang in der deutschen Geschichte. »In allen Reden und Büchern«, urteilt Gudrun Kruij, »in denen er sich mit 1848 auseinandersetzte, betonte er stets das Erbe der Revolution und glaubte somit fest an eine fortwirkende, sinnstiftende Tradition.«⁸³ Die Revolution von 1848/49, in der unter anderem die Einlösung der preußischen Heeresreformen gefordert wurde, hielt in der Idee des Bürgersoldaten ein Traditionsreservoir für das Bild vom Soldaten in der Demokratie bereit, auf das die Bundeswehr zurückgreifen konnte.⁸⁴ Noch in die nationalsozialistische Zeit hinein sah Heuss diese Tradition weiterwirken, als sich die Opferbereitschaft der 1848er-Revolutionäre und ihr gläubiger »Einsatz des Lebens«⁸⁵ im Widerstand gegen Hitler wiederfanden. Gerade im ethischen Antrieb des militärischen Widerstandes machte er eine Traditionslinie aus, die zurück bis zu den Akteuren der Freiheitsbewegungen im 19. Jahrhundert reichte und weiter in die Gegenwart wirkte. Mit seiner vielbeachteten Rede zum 10. Jahrestag des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 begründete der Bundespräsident 1954 in Berlin eine positive Gedenktradition für die künftigen Streitkräfte. Weniger im generellen Widerstandsrecht als vielmehr auf der moralischen Ebene der persönlichen Gewissensentscheidung sah er den entlastenden wie auch ver-

81 Heuss, Soldatentum (wie Anm. 22), S. 492.

82 Heuss an Blank, 23.8.1953. In: Theodor Heuss, Der Bundespräsident, Briefe 1949–1954. Hrsg. und bearb. von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt und Wolfram Werner, Berlin, Boston 2012, S. 464.

83 Gudrun Kruij, Gescheiterter Versuch oder verpflichtendes Erbe? 1848 bei Theodor Heuss. In: 1848 – Die Erfahrung der Freiheit. Hrsg. von Patrick Bahners und Gerd Roellecke, Heidelberg 1998, S. 189–208, hier S. 207; Theodor Heuss, 1848. Werk und Erbe, Stuttgart 1948 (= Ces-Bücherei, 1); in der Neuauflage von 1954 lautet der Titel »Ein Vermächtnis. Werk und Erbe von 1848«.

84 Burkhard Köster, Neue Wege in der Traditionsbildung der Bundeswehr. Der »Bürgersoldat« von 1848/49. In: Perspektiven der Militärgeschichte. Raum, Gewalt und Repräsentation in historischer Forschung und Bildung. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Jörg Echternkamp [u.a.], München 2010, S. 269–277, hier S. 273–277.

85 Theodor Heuss, In Memoriam (1945). In: Heuss, Politiker (wie Anm. 22), S. 302–308, hier S. 306.

pflichtenden Charakter des Attentats für die Nachwelt, um einen Mentalitätswandel von Bürgern wie Soldaten zu bewirken.⁸⁶

Als gegen Ende der Fünfzigerjahre die Frage der Formulierung einer verbindlichen militärischen Tradition für die Bundeswehr immer dringlicher wurde, wies Heuss mit seiner Rede »Soldatentum in unserer Zeit« den Verantwortlichen die Richtung.⁸⁷ Anknüpfend an seine Rede zum 20. Juli 1944 forderte er die Offiziere der Hamburger Führungsakademie auf, sich bei der Schaffung neuer Traditionen am Ethos des militärischen Widerstandes zu orientieren. Dafür dankte ihm wenige Tage später Franz Josef Strauß, weil er mit seinen Ausführungen zum 20. Juli den Soldaten zeitlose und verbindliche Tugenden wie Pflicht und Verantwortungsbewusstsein vermittelt habe, um »den notwendigen geistigen Ansatzpunkt« für die Traditionsbildung der Bundeswehr zu geben.⁸⁸ Im geplanten ministeriellen Traditionserlass musste also auch zur Frage des militärischen Widerstandes Stellung genommen werden. Schon der Tagesbefehl des Generalinspektors der Bundeswehr, Adolf Heusinger, am 20. Juli 1959 nahm den 15. Jahrestag des Attentats auf Hitler zum Anlass, dem Traditionsverständnis des Staatsoberhauptes zu folgen und den militärischen Widerstand als beispielhaft darzustellen:

»Wir Soldaten der Bundeswehr stehen in Ehrfurcht vor dem Opfer jener Männer, deren Gewissen durch ihr Wissen aufgerufen war. Sie sind die vornehmsten Zeugen gegen die Kollektivschuld des deutschen Volkes. Ihr Geist und ihre Haltung sind uns Vorbild.«⁸⁹

Der Traditionserlass von 1965 hob schließlich die Verantwortung und Gewissens-treue der Offiziere im Widerstand als exemplarisch hervor und knüpfte an das Prinzip der »Freiheit im Gehorsam« für den soldatischen Alltag an, aus dem sich im Grenzfall des Eidbruchs durch den Dienstherrn auch ein Widerstandsrecht ableiten ließ.⁹⁰

So fanden die Vorstellungen des Bundespräsidenten über mögliche Traditionen für die Bundeswehr ihren Niederschlag in – freilich umstrittenen – offiziellen Erlassen des Bundesverteidigungsministeriums. Heuss wie auch die Mili-

86 Theodor Heuss, Dank und Bekenntnis, 19.7.1954. In: Heuss, Politiker (wie Anm. 22), S. 430–439; vgl. auch Baumgärtner, Reden (wie Anm. 19), S. 299–333; Peter Rütters, Zur Instrumentalisierung des »20. Juli 1944« für die politische Rehabilitation und gesellschaftliche Integration nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 63 (2015), S. 533–551.

87 Auch im Folgenden Abenheim, Bundeswehr (wie Anm. 37), S. 130–152.

88 Strauß an Heuss, 17.3.1959, BAArch, SBTH, B 122, 627; auch Strauß an Heuss, 27.5.1959, ebd.

89 Zit. nach: Abenheim, Bundeswehr (wie Anm. 37), S. 135.

90 Ebd., S. 150 und S. 226f.

tärreformer nahmen eine durchaus »wertbezogene Auswahl aus der Geschichte«⁹¹ vor, indem sie vor allem die reformerischen Impulse und die sittliche Grundhaltung der Repräsentanten aus der Vergangenheit selektierten. Darin machten sie ein Bild vom Soldaten als freien, verantwortungsbewussten und gewissen geleiteten Bürger fest, das als Traditionsspende für die Neubegründung der Streitkräfte gelten konnte. Nicht die Übertragung von konkreten Traditionsbeständen und Symbolen stand im Vordergrund, sondern vielmehr waren es vermeintlich überzeitliche Werte, die den Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus überdauert hatten und auf deren Grundlage neue Traditionen zu schaffen waren. Die Zäsur des Jahres 1945 als Kulminationspunkt einer nationalen Fehlentwicklung konnte überwunden werden, wenn ein nationaler Kern herauspräpariert wurde, der unbeschadet aller Katastrophen weiterhin Geltungskraft für sich beanspruchte. Dieser Kern ließ sich im letztlich ahistorischen Ideal des Bürgersoldaten ausmachen, das als uneingelöstes Versprechen die deutsche Nationalgeschichte begleitete, in den ethischen Haltungen der Vertreter des militärischen Widerstandes noch einmal Ausdruck fand und nun, unter den Bedingungen einer parlamentarischen Demokratie, zum Durchbruch kommen sollte. Die Verankerung dieses neuen Soldatenbildes in der deutschen Nationalgeschichte konnte für eine verunsicherte Wehrmachtsgeneration Orientierung geben und zugleich als Antidot gegen die ablehnende Haltung großer Teile der Bevölkerung zur Wiederbewaffnung wirken. Indem Heuss dieses aus unbelasteten Traditionen hergeleitete Soldatenbild öffentlich vertrat und den Militärreformern moralischen Rückhalt durch sein großes Ansehen gab, propagierte er ein Stück unbeschädigten, »wahren« Nationalismus, der sich gegenüber dem pervertierten Nationalismus in der NS-Diktatur einschließlich Krieg, Wehrmachtverbrechen und Völkermord auszeichnete und seinem evolutionären Geschichtsdenken entgegentam.⁹²

⁹¹ Köster, *Neue Wege* (wie Anm. 84), S. 276.

⁹² Ähnlich am Beispiel der westdeutschen Geschichtswissenschaft Jörg Echternkamp, »Verwirrung im Vaterländischen«? Nationalismus in der deutschen Nachkriegsgesellschaft 1945–1960. In: *Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760–1960*. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Jörg Echternkamp und Sven Oliver Müller, München 2002 (= *Beiträge zur Militärgeschichte*, 56), S. 219–246, vor allem S. 236–238.

3 Integrationspolitik: Die Gewinnung der ehemaligen Soldaten für die Bundesrepublik

Eine traditionsskeptische Geschichtspolitik drohte einen Teil der Gesellschaft auszuschließen, der in den vergangenen Jahrzehnten Träger der soldatischen Überlieferung gewesen war. Nach der Kriegsniederlage und bedingungslosen Kapitulation im Ansehen stark beschädigt, suchten gerade die ehemaligen Wehrmachtangehörigen Orientierung an vermeintlich bewährten militärischen Traditionen. Der Gefahr, die Nachkriegsgesellschaft zu spalten, begegnete Heuss mit einem Amtsverständnis, das die Integration zum zentralen Programm seiner beiden Amtszeiten machte, wie er Anfang 1951 gegenüber dem ehemaligen Reichskanzler Heinrich Brüning erklärte: »Ich war von mir aus bemüht, auch im Rahmen der Begrenzung des Amtes für den Staat als solchen eine Integrationswirkung im Volksbewusstsein zu erreichen.«⁹³ Diese im Grundgesetz nicht festgelegte Funktion wird seitdem von Grundgesetzkommentaren als entscheidende Aufgabe des Staatsoberhauptes im Innern angesehen.⁹⁴ Heuss hatte die Entfremdung zwischen Staat und Teilen der Bevölkerung sowie die Spaltung innerhalb der Gesellschaft der Weimarer Republik vor Augen, wenn er dafür warb, die junge Demokratie der Bundesrepublik im Bewusstsein aller Bürger zu verankern. Diese Integrationspolitik schloss die ehemaligen Soldaten und Offiziere der Wehrmacht ein, um von Beginn an ein militärisches Eigenleben im demokratischen Staat zu verhindern. Das individuelle Verhalten des Soldaten im Krieg trennte Heuss von der verbrecherischen Politik der politischen und von Teilen der militärischen Führung im Nationalsozialismus. Seine Distanz zu militärischen Traditionen bedeutete also keine Pauschalverurteilung des Berufs des Soldaten und von dessen Einsatz im Zweiten Weltkrieg.

Seit 1945 trat Heuss bei verschiedenen Anlässen öffentlich gegen die Diffamierung ehemaliger Soldaten auf. »Es ist nicht erlaubt«, so in einer Rede in Berlin vom März 1946, »von diesem Kämpfen und Sterben von Millionen von deutschen Soldaten gering zu denken und gar verächtlich zu sprechen. Sie standen in einer tragischen Bindung.«⁹⁵ In seiner Silvesteransprache 1950 wies er darauf hin, dass er bereits vor vier Jahren die Alliierten aufgefordert habe »mitzuhelfen, daß die

93 Heuss an Heinrich Brüning, 24.1.1951. In: Heuss, *Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954* (wie Anm. 82), S. 210–213, hier S. 212.

94 Beispielsweise Grundgesetz. Kommentar, Bd 2: Artikel 20–82. Hrsg. von Horst Dreier, Tübingen 2006, S. 1312.

95 Theodor Heuss, *Um Deutschlands Zukunft*. In: Theodor Heuss, *Aufzeichnungen 1945–1947*. Aus dem Nachlaß hrsg. und mit einer Einl. vers. von Eberhard Pikart, Tübingen 1966 (= Veröffentlich-

sog. ›Diskriminierung‹, die billige Form der kollektiven Verfehlung, von dem deutschen *Berufssoldaten* genommen werde, der, im *guten* Typus, sein Berufsethos so gut vertrat wie der *gute* Typus auf der anderen Seite.«⁹⁶ 1948 hatte er in einem Zeitungsartikel »Pensionen für Offiziere?« diese Form der Deklassierung kritisiert.⁹⁷ Er forderte ein neues Gesetz, um die Versorgung ehemaliger Berufssoldaten und Wehrmachtsbeamten sicherzustellen, die bereits in der »Vorhitler-Zeit« in den Dienst getreten waren, um auf diese Weise »einen gekränkten Rechtszustand wiederherzustellen«. Ihn beschäftigte die Frage, »ob der werdende Staat mit einer zerbrochenen Rechtsauffassung starten soll und die alten Angehörigen eines öffentlichen Dienstes oder ihre Hinterbliebenen als *Parias* behandeln, eines Berufes, der in seinen Elementen so ehrenhaft ist wie der eines Lehrers, Richters oder Verkehrsbeamten«. Im Einklang mit der Politik vieler liberaler Landesverbände und später der FDP trat Heuss hier als Fürsprecher einer Politik auf, die einen Teil der ehemaligen Berufssoldaten an den demokratischen Staat heranzuführen wollte.⁹⁸ Zugleich zog er eine Trennlinie zwischen diesem Berufsstand und den »militanten Zivilisten«, die wegen ihrer ideologischen Zuverlässigkeit in der Wehrmacht aufgestiegen seien.⁹⁹

Kurz nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten hatte er Adenauer offensichtlich dazu bewogen, in dessen erster Regierungserklärung am 20. September 1949 die Frage der Pensionen der ehemaligen Militärangehörigen anzusprechen.¹⁰⁰ In den folgenden Monaten wirkten Bundeskanzler und Bundespräsident mit Ehrenerklärungen¹⁰¹ einvernehmlich für die Einbeziehung der einstigen Berufsoffiziere in das Bundesgesetz, das laut Artikel 131 Grundgesetz die Versorgungsansprüche von Bediensteten im öffentlichen Dienst zu regeln hatte. Nahezu einstimmig nahm der Bundestag am 10. April 1951 dieses Gesetz an, das in seiner Neufassung von 1953 auch die Wehrmachtangehörigen umfasste, die während des Krieges zum Offizier befördert wurden. Nach Ansicht der FDP wurde mit dem Gesetz eine »pflichtgemäße, ja unumgängliche Korrektur von Unrecht« vorgenommen¹⁰² – ein

lichung des Theodor-Heuss-Archivs), S. 88; vgl. auch Theodor Heuss, Ansprache zum 1. Mai 1950, BArch, SBTH, B 122, 213.

96 Theodor Heuss, Silvesteransprache, 31.12.1950, BArch, SBTH, B 122, 216.

97 Auch im Folgenden Theodor Heuss, Pensionen für Offiziere? In: Rhein-Neckar-Zeitung, 4.3.1948, abgedruckt in: Heuss, Politiker (wie Anm. 22), S. 346–348.

98 Wagner, FDP (wie Anm. 27), S. 25–32.

99 Heuss, Pensionen (wie Anm. 97), S. 348.

100 Hinweis beispielsweise im Brief von Heuss an Herbert Grabert, 25.11.1954. In: Heuss, Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959 (wie Anm. 3), S. 137.

101 So Heuss in seiner Silvesteransprache vom 31.12.1950 (wie Anm. 96).

102 Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999, S. 82; zum vergangenheitspolitischen Aspekt des Gesetzes insgesamt

Motiv, das auch Heuss bewegt hatte, um den Soldatenstand in die neue Staats- und Rechtsordnung zu integrieren. Dieses Ziel verfolgte er auch bei den Kriegsversehrten.¹⁰³

Die Politik der Integration erstreckte sich auch auf Kriegsverbrecher, die von den Alliierten in zahlreichen Prozessen verurteilt worden waren. Deren Begnadigung stand im Zeichen der Wiederbewaffnung und Westbindung zunehmend auf der vergangenheitspolitischen Agenda der frühen Bundesrepublik. Vor allem die in einigen Landesverbänden nationalsozialistisch unterwanderte FDP entwickelte eine »vergangenheitspolitische Obsession«,¹⁰⁴ die in der Forderung nach einer Generalamnestie für alle im Nationalsozialismus begangenen Unrechtstaten mündete und die Bundesregierung unter Druck setzte.¹⁰⁵ Obwohl Heuss als Bundespräsident Distanz zur FDP hielt und die Entwicklung in der nordrhein-westfälischen »Nazi-FDP«¹⁰⁶ kritisch verfolgte, unterstützte er in vielen Fällen – vor allem über den informellen Weg des Briefes – die Forderung nach Begnadigung von Kriegsverbrechern. So schloss er nicht nur Unternehmer wie Alfred Krupp von Bohlen und Halbach¹⁰⁷ und hohe politische Beamte wie Ernst von Weizsäcker¹⁰⁸ in seine Integrationspolitik mit ein, sondern auch verurteilte Wehrmachts- und SS-Angehörige. Hatte er sich schon in seiner Silvesteransprache 1949 für eine Amnestie der Insassen im Kriegsverbrechergefängnis Landsberg ausgesprochen, weil er den Rechtscharakter der Verurteilung durch die alliierten Richter anzweifelte,¹⁰⁹ so wandte er sich Anfang 1951 direkt an den Hohen

ebd., S. 69–100; zur Entstehung des Gesetzes Udo Wengst, *Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953*, Düsseldorf 1988 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 84), S. 152–222.

103 Für die Kriegsblinden Heuss an Peter Plein, 22.10.1949. In: Heuss, *Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954* (wie Anm. 82), S. 113f.; vgl. auch Theodor Heuss, *Ansprache aus Anlass der Zehnjahresfeier des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner*, 27.10.1956, BArch, SBTH, B 122, 146.

104 Frei, *Vergangenheitspolitik* (wie Anm. 102), S. 133–306.

105 Zur rechtsnationalen FDP in Nordrhein-Westfalen Kristian Buchna, *Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Mittelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953*, München 2010 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 101), S. 46–93.

106 Heuss, *Tagebuchbriefe* (wie Anm. 6), S. 143.

107 Heuss an Otto Kranzbühler, 17.6.1950. In: Heuss, *Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954* (wie Anm. 82), S. 160–163.

108 Heuss an John J. McCloy, 21.9.1950. In: Heuss, *Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954* (wie Anm. 82), S. 171–173.

109 So heißt es in der Ansprache: »Das Recht ist eine harte Sache – es wird, tiefe Wahrheit, dort nur richtig gefunden, wo der Richter selber in der Lebensluft der Angeklagten stand.« BArch, SBTH, B 122, 212.

Kommissar der USA in Deutschland, John McCloy, um Gnade für die zum Tode Verurteilten zu erwirken.¹¹⁰ Er wies darauf hin,

»daß es Fälle gibt, bei denen die Rekonstruktion der Situation, aus der die individuelle Schuldhaftigkeit entnommen werden sollte und entnommen wurde, durchaus fragwürdig blieb. Das trifft zumal für bestimmte Vorgänge bei und nach Kampfhandlungen zu.«

Dabei machte sich Heuss durchaus die Argumentation der nationalistischen Amnestie-Lobby zu eigen, wenn er den Hohen Kommissar daran erinnerte, »daß durch etwaige Hinrichtungen von Landsberger Häftlingen unsere gemeinsamen Besprechungen zur Eingliederung der Bundesrepublik in eine europäische und atlantische Gemeinschaft empfindlich gestört würden.« Westintegration und Wiederbewaffnung standen auch bei Heuss in einem Zusammenhang mit der Kriegsverbrecherfrage.¹¹¹

Einen Schritt weiter ging der Bundespräsident, als er sich in die parteiübergreifende Phalanx – darunter auch sein württembergischer Landsmann Carlo Schmid, Mitglied des SPD-Parteivorstandes – derjenigen einreichte, die sich für die Entlassung des ehemaligen SS-Standartenführers und Einsatzgruppenleiters Martin Sandberger einsetzte. Aus einer Stuttgarter Unternehmerfamilie stammend, gestand er Sandberger als einem fehlgeleiteten Gesinnungstäter ungeachtet dessen Verbrechen das Recht auf politischen Irrtum und die Rückkehr zu seinen bürgerlichen Wurzeln zu.¹¹² In eine ähnliche Richtung ging die Argumentation von Heuss, als er im April 1961 – bereits im Ruhestand – das Gnadengesuch des ehemaligen Bundestagsabgeordneten und verteidigungspolitischen Sprechers der FDP, General a.D. Hasso von Manteuffel, unterstützte, der wegen eines im Krieg begangenen Totschlags 1959 zu einer eineinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt worden war. Heuss vermutete im Zusammenhang mit dem zur Last gelegten Verbrechen einen »Konflikt mit echter Tragik« und hob die Verdienste Manteuffels hervor, »dessen berufliches Leben sonst offenbar völlig ohne Tadel verlief und der in seinem bürgerlichen Wirken eine noble Tüchtigkeit zeigte«.¹¹³

110 Auch im Folgenden Heuss an John McCloy, 16.1.1951. In: Heuss, *Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954* (wie Anm. 82), S. 206f.

111 Frei, *Vergangenheitspolitik* (wie Anm. 102), S. 195–233.

112 Heuss an den Botschafter der USA in Deutschland James B. Conant, 25.8.1955. In: Heuss, *Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959* (wie Anm. 3), S. 218–221.

113 Heuss an den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen Otto Flehinghaus, 5.4.1961. In: Theodor Heuss, *Privatier und Elder Statesman. Briefe 1959–1963*. Hrsg. und bearb. von Frieder Günther, Berlin, Boston 2014, S. 296f.

Mit seiner Integrationspolitik verfolgte Heuss einen Kurs, der symptomatisch für die frühe Bundesrepublik war.¹¹⁴ Wie sehr er sich auch vom Nationalsozialismus, von der Wehrmacht und weiteren militärischen Traditionen distanzierte, kam er nicht umhin, die Träger dieses Soldatentums in die Bundesrepublik und in das demokratische Gemeinwesen einzubinden, so weit sich in ihnen ein bürgerliches Gesicht zeigte. Für den Aufbau einer stabilen parlamentarischen Demokratie und neuer Streitkräfte schien die politische Neutralisierung ehemaliger, auch belasteter Soldaten und sonstiger Kriegsteilnehmer unverzichtbar, selbst wenn sich darin moralische Defizite offenbarten.¹¹⁵

4 Interventionspolitik: Macht und Ohnmacht des Bundespräsidenten als Fürsprecher der Wiederbewaffnung

Es ist ein Irrglaube anzunehmen, der erste Bundespräsident habe sich in seiner Amtsführung neutral verhalten und nicht Partei ergriffen. Vielmehr vertrat er nicht nur auf dem Felde der staatlichen Repräsentation und Symbolsprache dezidiert seine Meinung, sondern auch in politischen Kernfragen. Er sah sich als Vertreter einer Politik, die er im Sinne einer Verantwortungsethik als richtig einschätzte. Es war eine Politikvorstellung, die in Anlehnung an Max Weber die Folgen des Handelns zur Richtschnur erhob und skeptisch gegenüber einer gesinnungszentrierten Idealpolitik blieb.¹¹⁶ Dieser Linie folgend versuchte er, politischen Einfluss zu nehmen und in einigen Fällen seine geringe Machtstellung auszubauen. Das betraf auch die Westintegration und Wiederbewaffnung der Bundeswehr, in Politik und Gesellschaft höchst umstrittene Themen. Gemeinsam mit Adenauer stand Heuss seit Beginn der Fünfzigerjahre hinter der Remilitarisie-

114 Becker, Theodor Heuss (wie Anm. 10), S. 142f.

115 So die Einschätzung von Ulrich Herbert, Rückkehr in die Bürgerlichkeit? NS-Eliten in der Bundesrepublik. In: Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen. Hrsg. von Bernd Weisbrod, Hannover 1995 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, 38; Quellen und Untersuchungen zur Geschichte Niedersachsens nach 1945, 11), S. 157–173, vor allem S. 173.

116 Matthias Weipert, »Verantwortung für das Allgemeine«? Bundespräsident Theodor Heuss und die FDP, Stuttgart 2009 (= Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus. Kleine Reihe, 23), S. 37f.; über das komplexe Verhältnis von Real- und Idealpolitik, von Verantwortungs- und Gesinnungspolitik im Linkliberalismus der Weimarer Republik vgl. Ernst Wolfgang Becker, Die normative Dimension der Realpolitik. Linkliberalismus und Ermächtigungsgesetzgebung in der Weimarer Republik. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 28 (2016), S. 91–119.

rung als Teil einer Sicherheitspolitik, die der Bundesrepublik mehr internationale Gleichberechtigung und außenpolitische Handlungsfähigkeit zukommen lassen sollte.¹¹⁷

Schon im Herbst 1950 beschwichtigte er die Sorgen des französischen Hohen Kommissars André François-Poncet, dass bei einem deutschen Beitrag in einer europäischen Armee »die deutschen Generäle wieder wie in der Weimarer Zeit ein innenpolitisches Gewicht erhielten«. Gegen diese Befürchtungen argumentierte Heuss, dass

»die psychologische Situation des deutschen Soldaten heute eine völlig andere sei wie nach 1918, als die Truppe »im Felde unbesiegt« geordnet in die Heimat gezogen sei. Dem typisch preußischen Militarismus sei heute das Rückgrat gebrochen, bei der deutschen Jugend habe die europäische Idee tiefe Wurzeln gefasst.«¹¹⁸

Er wies damit implizit auf den Umstand hin, dass die deutsche Wiederbewaffnung erst der Demokratiegründung folgen und die Armee in die politische und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik integriert werden sollte.¹¹⁹ Als auch im Ausland anerkannter Repräsentant der Bundesrepublik bereitete Heuss in solchen Gesprächen hinter den Kulissen atmosphärisch den Boden für die Akzeptanz eines deutschen Wehrbeitrags im Rahmen eines westlichen Verteidigungsbündnisses vor.

Öffentlich setzte er sich für diese in Deutschland politisch und verfassungsrechtlich äußerst umstrittene Frage ein, als er im Juni 1952 auf Bitten der Bundesregierung ein Rechtsgutachten beim Bundesverfassungsgericht anforderte. Damit sollte die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zum Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und eines deutschen Wehrbeitrags samt Wehrpflicht überprüft werden.¹²⁰ Heuss wollte seine Unterschrift unter dieses Vertragswerk verfassungsrechtlich absichern und hoffte, das Bundesverfassungsgericht werde im Sinne der Bundesregierung gutachten und die Verabschiedung des Gesetzes ohne verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit gegen die SPD ermöglichen. Doch im Herbst verdichteten sich die Anzeichen für ein nega-

117 Eberhard Pikart, Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Die Rolle des Bundespräsidenten in der Kanzlerdemokratie, Stuttgart, Zürich 1976, S. 54f.

118 Aufzeichnung über die Besprechung Bundespräsident – François-Poncet am 26.9.1950, BAArch, B 122, 31269.

119 Franz Albrecht Klausenitzer, Die Diskussion um die Innere Führung. Zum Verhältnis von Bundeswehr und Öffentlichkeit. In: Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr. Hrsg. von Georg Picht, Witten, Berlin, S. 159–244, hier S. 160.

120 Gutachtensuch abgedruckt in: Der Kampf um den Wehrbeitrag, 2. Halbbd: Das Gutachtenverfahren (30.7.–15.12.1952). Hrsg. vom Institut für Staatslehre und Politik e.V., München 1953, S. 2.

tives Votum. Im Dezember beschloss zudem das Bundesverfassungsgericht, dem Gutachten einen rechtsverbindlichen Charakter zu geben, der die künftigen Urteile beider Senate in dieser Sache binden sollte. Daraufhin zog Heuss, ohnehin gedrängt von Adenauer, sein Gutachtensuchen zurück – eine offenkundige Willfährigkeit gegenüber der Regierung, die ihm viel Kritik eintrug.¹²¹ Heuss hatte als überparteiliches Staatsoberhaupt in einer zentralen politischen Frage Stellung genommen, sich für die Politik des Kanzlers einspannen lassen und sich damit in die parteipolitische Arena begeben. Doch folgte der Bundespräsident durchaus einer Verantwortungsethik. Hinter seiner unzweideutigen Unterstützung der Politik Adenauers stand die grundsätzliche Überzeugung, dass ein souveräner demokratischer Staat nicht auf eine Armee verzichten könne. Diese Auffassung hatte er bereits seit dem Wilhelminischen Kaiserreich unter dem Einfluss Naumanns vertreten: Die allgemeine Wehrpflicht in einer modernen, effizienten Armee galt ihm als Ausdruck eines demokratischen Gemeinwesens und nationalen Machtstaates. Schon bald nach 1945 beschäftigte er sich wieder mit Fragen der deutschen Wiederbewaffnung. So gehörte er dem Laupheimer Kreis an, vor dem Hans Speidel im Juni 1948 seine Denkschrift »Die Sicherheit Westeuropas« vortrug, die auch Adenauers sicherheitspolitisches Denken beeinflusste.¹²² Schließlich sprach er sich im Parlamentarischen Rat gegen die Aufnahme des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in das Grundgesetz aus, weil er in der allgemeinen Wehrpflicht das »legitime Kind der Demokratie«¹²³ sah. In dieser Frage schien sich seine Auffassung seit dem Kaiserreich wenig geändert zu haben.

Als Bundespräsident versäumte er es nicht, immer wieder auf den engen historischen Zusammenhang zwischen Wehrpflicht und Demokratie hinzuweisen.¹²⁴ Mit dieser auch öffentlich vertretenen Haltung setzte sich Heuss bewusst in einen Gegensatz zum breiten Widerstand in Politik und Bevölkerung gegen die

121 Becker, Theodor Heuss (wie Anm. 10), S. 152–154.

122 Speidel, Aus unserer Zeit (wie Anm. 13), S. 244f. und S. 454–465; Krüger, Hans Speidel (wie Anm. 13), S. 89–91; Gerhard Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967 (= Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., 25), S. 244; Roland G. Foerster [u.a.], Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan, München, Wien 1982 (= Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, 1), S. 433f.

123 Heuss an Paul Helbeck, 21.12.1948. In: Theodor Heuss, Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949. Hrsg. und bearb. von Ernst Wolfgang Becker, München 2007, S. 447.

124 Zum Beispiel in der Rede Theodor Heuss, Stilfragen der Demokratie (1955). In: Heuss, Politiker (wie Anm. 22), S. 450–464, hier S. 462. Wie sehr die allgemeine Wehrpflicht in der Tradition des deutschen Obrigkeitsstaates als Instrument der Disziplinierung stand, darauf verweist Detlef Bald, Militär und Gesellschaft 1945–1990. Die Bundeswehr der Bonner Republik, Baden-Baden 1994 (= Militär und Sozialwissenschaften, 13), S. 104–108.

Remilitarisierung zu Beginn der Fünfzigerjahre. Die pazifistische Gesinnungsethik der »Ohne-mich-Bewegung« blieb ihm suspekt, wie er schon Silvester 1951 kritisch anmerkte: »die Demokratie als Institution wie als Lebensgesinnung stirbt an dem »Ohne mich«, sie lebt aus dem »Mit mir««. ¹²⁵ Die Sorgen der Bevölkerung vor einem Atomkrieg teilte Heuss nicht, vertraute er doch auf die abschreckende Wirkung von Atomwaffen und auf internationale Verhandlungen. ¹²⁶ Vertretern der Anti-Atomtod-Bewegung, die wie Martin Niemöller die Ausbildung in der Bundeswehr als »Hohe Schule für Berufsverbrecher« kritisierten, hielt er »christlich eingekleidete Demagogie« vor. ¹²⁷ In langen Auseinandersetzungen mit dem protestantisch geprägten Umfeld dieser Bewegung um Niemöller, Karl Barth und Albert Schweitzer nahm der Bundespräsident die »Würde des Berufes« des Soldaten in Schutz, der das Volk und den Staat als »Herberge der bürgerlichen Freiheit und der menschlichen Gerechtigkeit« verteidigte. ¹²⁸

Auch wenn Heuss bewusst war, dass das Grundgesetz den Bundespräsidenten nicht als eigenständigen, aktiven Machtfaktor in legislativen und exekutiven Prozessen vorsieht, lotete er seit Beginn seiner Amtszeit Spielräume aus, die seinem politischen Einfluss zugute kommen sollten; ein ausschließlich repräsentierendes Staatsoberhaupt wollte er nicht sein. Aber seine Versuche in diese Richtung – beispielsweise die gelegentliche Teilnahme an Kabinettsitzungen oder die Beanspruchung der Organisationsgewalt – blieben weitgehend erfolglos angesichts eines Bundeskanzlers, der sich seinen Machtanspruch nicht streitig machen ließ. ¹²⁹ Doch sie zeigen ebenso, dass Heuss politisch gestalten wollte, auch zentrale Politikfelder wie den Aufbau der Bundeswehr. So nahm er unmittelbar Anteil an der Arbeit des Personalgutachterausschusses, deren Mitglieder er auf Vorschlag der Bundesregierung und nach Bestätigung durch den Bundestag berief. Der Ausschuss, ausgestattet mit »außergewöhnlichen Befugnissen«, ¹³⁰ überprüfte von 1955 bis 1958 die persönliche Eignung ehemaliger Wehrmachts-offiziere, die sich um Führungspositionen in der Bundeswehr bewarben. ¹³¹ Am

125 Theodor Heuss, Silvesteransprache, 31.12.1951, BArch, SBTH, B 122, 221; auch Heuss, Soldatentum (wie Anm. 22), S. 489.

126 Auch im Folgenden Ernst Wolfgang Becker und Wolfram Werner, Einführung. Die Kehrseite des Erfolges: Zwischen Integration und Trivialisierung. Briefe des Bundespräsidenten Theodor Heuss 1954–1959. In: Heuss, Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959 (wie Anm. 3), S. 36f.; Radkau, Theodor Heuss (wie Anm. 10), S. 463–475.

127 Heuss, Soldatentum (wie Anm. 22), S. 492.

128 Ebd., S. 491f.

129 Becker, Theodor Heuss (wie Anm. 10), S. 129f.; Pikart, Theodor Heuss (wie Anm. 117).

130 Abenheim, Bundeswehr (wie Anm. 37), S. 90.

131 Martin Rink, Die Bundeswehr 1950/55 bis 1989, Berlin, Boston 2015, S. 107f.; Frank Nägler, Der gewollte Soldat und sein Wandel. Personelle Rüstung und Innere Führung in den Aufbau-

13. Oktober 1955 hatten die Ausschussmitglieder Richtlinien für die Prüfung der persönlichen Eignung der Soldaten verabschiedet, die der Arbeit des Ausschusses zugrunde liegen sollten.¹³² Ein wichtiges Auswahlkriterium der Richtlinien war die geforderte Anerkennung der Gewissensentscheidung der Beteiligten am Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944.¹³³ Heuss hatte die Ausschussmitglieder direkt nach der Verabschiedung der Richtlinien zu einem Empfang in das Bundespräsidialamt eingeladen¹³⁴ und dort erfahren, dass seine Gedenkrede zum zehnten Jahrestag des 20. Juli 1944¹³⁵ in der vorangegangenen Sitzung »als rettende Formel herangeholt worden« sei.¹³⁶ Diese bereits oben erwähnte Rede war auf große Resonanz gestoßen und hatte auf Initiative des Bundestages in millionenstarker Auflage flächendeckend bis in die Schulen hineingewirkt.¹³⁷ Weil Heuss' Aussagen damit quasi »den Charakter einer offiziellen Stellungnahme«¹³⁸ annahmen, schienen sie dem Ausschuss als Legitimationsmittel für das Auswahlkriterium zu dienen. Diejenigen, welche die Bundeswehr personell neu aufstellen wollten, zogen mit dem Bundespräsidenten an einem Strang, wenn sie den jungen Streitkräften die Attentäter vom 20. Juli als politisches und moralisches Vorbild empfahlen und damit Teilen der deutschen Öffentlichkeit weit voraus waren.¹³⁹

War der Einfluss von Heuss auf den Personalgutachterausschuss informell, so versuchte er, in zwei Bereichen seinen Einfluss auf den Aufbau der Bundeswehr und die Verteidigungspolitik institutionell abzusichern. Im Frühjahr 1955 diskutierte die Bundesregierung über die Bildung eines Bundesverteidigungsrates zur Koordinierung verteidigungspolitischer Fragen. In einem Schreiben an Adenauer regte Heuss an, das künftige Gremium mit »dem Amt des Bundespräsidenten irgendwie zu verbinden«; er sei zwar nie Soldat gewesen, »aber in diesen Dingen nicht ganz geschichtsunkundig«.¹⁴⁰ Zwei Wochen später präziserte er seinen Vorschlag in einem Gespräch mit dem Kanzler, indem er einen Vergleich

jahren der Bundeswehr 1956 bis 1964/65, München 2010 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, 9), S. 71–74.

132 Die Richtlinien befinden sich auch in den Akten des Bundespräsidialamtes: BArch, SBTH, B 122, 628.

133 Abenheim, Bundeswehr (wie Anm. 37), S. 89–97; Nägler, Gewollter Soldat (wie Anm. 131), S. 72.

134 So der Eintrag im Dienstkalender: BArch, SBTH, N 1221, 482.

135 Heuss, Dank und Bekenntnis (wie Anm. 86), S. 430–439.

136 Heuss, Tagebuchbriefe (wie Anm. 6), S. 76.

137 Baumgärtner, Reden (wie Anm. 19), S. 325–328.

138 Ebd., S. 328.

139 Abenheim, Bundeswehr (wie Anm. 37), S. 96.

140 Heuss an Adenauer, 22.5.1955. In: Heuss, Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959 (wie Anm. 3), S. 191.

mit dem französischen Verteidigungsrat heranzog, bei dem der Präsident der Republik den Vorsitz führe. Unter seinem eigenen Vorsitz könne Heuss »die Autorität des Bundespräsidenten, wenn im allgemeinen Interesse nötig, in die Waagschale werfen«.¹⁴¹ Als Staatsoberhaupt sah er sich – im Sinne der von ihm verfolgten Verantwortungsethik und Integrationspolitik – als Vertreter eines Allgemeininteresses,¹⁴² der die politische Entscheidungsfindung durchaus beeinflussen wollte. Adenauer ließ sich darauf aber nicht ein und reklamierte den Vorsitz für sich selbst. So konnte Heuss letztlich nur noch durchsetzen, dass sein Staatssekretär einen Beobachterstatus bei den Sitzungen des Rates erhielt.¹⁴³ Doch trotz dieser Niederlage wies er den Kanzler noch einmal nachdrücklich darauf hin, »daß ich an der Gestaltung der Wehrverfassung wie der Intentionen, die für die Ausbildung der kommenden Truppe maßgebend sein werden, einen starken persönlichen Anteil nehme«.¹⁴⁴

Auf einem weiteren, militärpolitisch umstritteneren Terrain wollte Heuss seine Machtstellung ausbauen. Im Zuge der Verhandlungen über den Deutschlandvertrag und einen deutschen Wehrbeitrag in einer europäischen oder nordatlantischen Armee wurde die Frage des militärischen Oberbefehls diskutiert.¹⁴⁵ Im November 1953 neigte Adenauer dazu, den Oberbefehl dem Bundespräsidenten zu überlassen, was Heuss dezidiert unterstützte, »gerade um die neutrale politische Handhabung dieser Kompetenz der Öffentlichkeit klarzumachen«.¹⁴⁶ Anfang 1954 bekräftigte Heuss seine Haltung und trat Befürchtungen entgegen, das Staatsoberhaupt könne durch den Oberbefehl, »gestützt auf eine militärische Kamarilla, die Regierung überspielen«.¹⁴⁷ Einen Tag zuvor hatte bereits die FDP im Bundestag durch einen Antrag, »den Oberbefehl über die Wehrmacht des

141 Gespräch mit Adenauer, 6.6.1955. In: Adenauer/Heuss, *Unter vier Augen* (wie Anm. 63), S. 164f.

142 Dabei konnte Heuss sich direkt auf Max Weber berufen, der einen Typus des Politikers entwarf, dem die »Verantwortung für das Allgemeine« zur Handlungsmaxime wurde; Theodor Heuss, Max Weber in seiner Gegenwart. In: Max Weber, *Gesammelte politische Schriften*. Neu hrsg. von Johannes Winkelmann. 2., erw. Aufl., Tübingen 1958, S. XXV.

143 99. Kabinettsitzung, 6.10.1955. In: *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung*, Bd 8: 1955. Hrsg. für das Bundesarchiv von Friedrich Kahlenberg, bearb. von Michael Hollmann und Kai von Jena, Boppard a.Rh. 1997, S. 552f.; Hans Ehlert [u. a.], *Die NATO-Option*, München 1993 (= *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956*, 3), S. 437; Wagner, *FDP* (wie Anm. 27), S. 140–142.

144 Heuss an Adenauer, 3.10.1955. In: Adenauer/Heuss, *Unter vier Augen* (wie Anm. 63), S. 332.

145 Wagner, *FDP* (wie Anm. 27), S. 135–140; Lutz Köllner [u. a.], *Die EVG-Phase*, München 1990 (= *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik*, 2), S. 435–437 und S. 495–511.

146 Gespräch vom 20.11.1953. In: Adenauer/Heuss, *Unter vier Augen* (wie Anm. 63), S. 124.

147 Gespräch vom 13.1.1954. In: ebd., S. 127.

Bundes« dem Bundespräsidenten zu übertragen, eine breite Debatte ausgelöst.¹⁴⁸ Die Liberalen warnten vor einer Machtzusammenballung bei der Exekutive, insbesondere beim Bundeskanzler, und stellten die Überparteilichkeit des Staatsoberhauptes heraus, die den militärischen Oberbefehl demokratisch grundieren würde. Die Unionsparteien und vor allem die SPD hingegen fühlten sich an die Weimarer Republik erinnert, in der der Oberbefehl des Reichspräsidenten dem parlamentarischen Einfluss weitgehend entzogen war und zu einer Entfremdung zwischen Armee und Republik beigetragen hatte. Die beiden großen Parteien plädierten deshalb dafür, den Oberbefehl der parlamentarisch verantwortlichen Regierung bzw. – so die SPD – dem direkt vom Vertrauen des Parlaments abhängigen Verteidigungsminister zu übergeben und dem Bundespräsidenten allenfalls repräsentative Aufgaben zu überlassen.

Als die Frage im Herbst 1955 im Rahmen der Wehrgesetzgebung wieder akut wurde und die öffentliche Debatte bestimmte, meldete sich am 18. Dezember der Bundespräsident in einem Memorandum »über den sogenannten ›Oberbefehl‹ über die Bundeswehr« zu Wort.¹⁴⁹ Darin wandte er sich gegen eine Teilung des Oberbefehls in einen repräsentativen und in einen tatsächlichen sowie gegen dessen Aufspaltung für Friedens- und Kriegszeiten. Kategorisch stellte er klar: »Der Begriff des ›Oberbefehls‹ ist seiner Natur und seinem psychologischen Zwecke nach unteilbar. Der Soldat denkt, wenigstens heute noch in Deutschland, personell, nicht abstrakt (›der Staat‹)«. Und für diese personelle Bindung des Soldaten brachte Heuss sich selbst ins Spiel, indem er seine Kenntnisse und sein politisches Engagement in militärischen Angelegenheiten seit 1945 hervorhob. Bedenken, dass das Staatsoberhaupt wie in der Weimarer Republik die Armee zu einem eigenständigen, republikfernen Machtfaktor werden lasse, zerstreute er mit dem Hinweis auf die Gegenzeichnungspflicht durch den Bundeskanzler oder die zuständigen Minister. Im Frieden liege die Organisation der Streitkräfte beim Verteidigungsminister. Im Kriegsfall gehe der militärische Oberbefehl faktisch ohnehin an den Oberkommandierenden der NATO über. Dermaßen entkernt, reklamierte der Bundespräsident als »politisch-zivile Institution« den ungeteilten Oberbefehl für sich. Mit dieser institutionellen Machtsteigerung wollte er vor allem seine Vorstellungen vom neuen Soldatentum in die Kultur der künftigen Bundeswehr implementieren. Als Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber sah er seine Aufgabe darin, unter den Soldaten das Ethos eines »Bürgers in Uniform« zu fördern, der militärischen Traditionen und Symbolen skeptisch gegenübersteht.

148 Wagner, FDP (wie Anm. 27), S. 127 und S. 136f.

149 Auch im Folgenden Theodor Heuss, Aufzeichnung über den sogenannten »Oberbefehl« über die Bundeswehr. In: Heuss, Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959 (wie Anm. 3), S. 252–257.

Doch außer der FDP mochte ihm keine der großen Parteien im Bundestag folgen. Im Rahmen des 2. Wehrg Ergänzungsgesetzes stimmte das Parlament mit großer Mehrheit dafür, die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte im Frieden dem Verteidigungsminister, im Kriegsfall dem Bundeskanzler zu übertragen. Dem Bundespräsidenten blieben allenfalls repräsentative Funktionen.¹⁵⁰ Einen Einfluss auf die Durchsetzung eines neuen Soldatenbildes des »Staatsbürgers in Uniform« konnte Heuss institutionell durch das Instrument des Oberbefehls nicht absichern.

5 Erziehungspolitik: Der Soldat als Bürger in der Demokratie

Heuss hatte durch seine Geschichtspolitik und seine politischen Interventionsversuche die Vorstellungen der Militärreformer in den Fünfzigerjahren informell und öffentlich unterstützt. Vor allem in der Traditionsfrage, ein wichtiger Bestandteil der Inneren Führung, positionierte sich der Bundespräsident, wenn er sich sowohl für einen Bruch mit der militärischen Überlieferung aussprach als auch Bausteine für eine Traditionsbildung bereithielt, die sich aus den Desideraten der Vergangenheit speisten. Doch das Konzept der Inneren Führung mit seinem Leitbild des »Staatsbürgers in Uniform« ging weit darüber hinaus und war sehr viel grundsätzlicher angelegt, nämlich als »der Ausdruck für das Prinzip der demokratisch-pluralistischen Verfaßtheit von Staat und Gesellschaft, dem sich die Bundeswehr in ihrer jeweils konkreten Gestalt zu stellen hat.«¹⁵¹ Seit Beginn der Bundesrepublik hatte der Kreis um Baudissin ein derartiges Reformprogramm entwickelt. Auf der politischen Ebene sollte das Grundgesetz auch für die militärische Ordnung verbindlich gelten, wie Baudissin rückblickend feststellte:

»Was mir vorschwebte [...], war ein Konzept, das die Grundvoraussetzungen der freiheitlichen Grundordnung – das heißt die Werteordnung des Grundgesetzes und ihre Verfahrensweisen auf die Streitkräfte übertrug und sie als Normen für die militärische Ordnung verbindlich machte.«¹⁵²

¹⁵⁰ Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950–1972. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München 1975, S. 96f.

¹⁵¹ Bald, Militär (wie Anm. 124), S. 53.

¹⁵² Zit. nach: Detlef Bald, Graf Baudissin und die Reform des deutschen Militärs. In: Innere Führung (wie Anm. 76), S. 19–53, hier S. 22.

Der Gleichklang von demokratischer Staats- und Heeresverfassung müsse den Gegensatz von ziviler Politik und Streitkräften verhindern helfen; Demokratie dürfe vor den Kasernentoren nicht Halt machen, sondern dem Soldaten sollen all die Rechte belassen werden,

»die er nach außen schützen soll. Er muß als Staatsbürger *mitten im politischen Leben* seines Volkes stehen. Das bedeutet: Er muß das aktive und passive Wahlrecht besitzen; das Recht zur Information, zur freien Meinungsäußerung; das Koalitions- und Petitionsrecht sowie den Schutz der Glaubens- und Gewissensfreiheit.«¹⁵³

Politische Indifferenz schloss Baudissin für den Soldaten aus, der »das Primat der Politik und die Kontrolle durch das Parlament« zu bejahen und die »Kritik der Öffentlichkeit ernst« zu nehmen habe.¹⁵⁴

Aber auf diese politische Dimension sollten sich die Reform der Bundeswehr und deren demokratische Durchdringung nicht beschränken, schon allein weil parlamentarische Verfahrensweisen wie Abstimmungen in vielen Bereichen des militärischen Dienstes selber keinen Raum haben konnten, was Baudissin selbstverständlich bewusst war. So legte dieser auch Wert auf die soziale Dimension der Reformen, mit der eine Kongruenz von Militär und Gesellschaft postuliert wurde.¹⁵⁵ In der »Demokratie als Lebensform« sah er eine Voraussetzung für die soldatische wie auch »jede andere Form menschenwürdiger Existenz«:

»Wie *moderne Demokratien* aus »staatsfreien« Räumen, so leben auch moderne Streitkräfte wesentlich von den Impulsen, die aus »befehlsfreien« Bereichen kommen. All diese Erwägungen zeigen, daß der Soldat nicht ausgebürgert werden kann. Er muß Staatsbürger sein und bleiben, um seiner Aufgabe gewachsen zu sein.«¹⁵⁶

Demokratie sollte als Lebensform quasi in den Alltag des Soldaten implementiert werden.

Dazu bedurfte es der Charakterbildung und Erziehung zum mündigen, sozial integrierten Soldaten. So spielte staatsbürgerliche Erziehung in den militärischen Reformvorschlägen Baudissins eine zentrale Rolle:

»Ohne eine staatsbürgerliche Bildung bleiben ihnen [den Soldaten] Sinn und Grenzen des Dienstes verschlossen. Ohne diese staatsbürgerliche Bildung werden sie keine Soldaten sein, sondern Landsknechte, d. h. Werkzeuge jedes Regimes oder Techniker der Gewalt ohne

153 Baudissin, *Das Leitbild* (wie Anm. 75), S. 28.

154 Ebd., S. 31.

155 Zu den verschiedenen Dimensionen der Militärreformen von Baudissin vgl. Bald, *Graf Baudissin* (wie Anm. 152).

156 Baudissin, *Das Leitbild* (wie Anm. 75), S. 32; vgl. auch Kutz, *Reform* (wie Anm. 76), S. 84.

Gewissen. Sie verlieren ihre Glaubwürdigkeit gegenüber der staatlichen Gemeinschaft, die sie schützen sollen, aber auch gegenüber jenen, die sie führen und erziehen wollen.«¹⁵⁷

Diese Grundsätze schlugen sich auch im »Handbuch Innere Führung« nieder:

»Der Soldat ist Staatsbürger. So soll die soldatische Erziehung auch seine staatsbürgerliche Bildung fortführen. Das schließt vor allem die Erziehung zum Bewußtsein politischer Mitverantwortung und zur Wahrung der persönlichen Würde ein.«¹⁵⁸

Die Aufgabe der Erziehung zum demokratischen Staatsbürger konnte aber nicht primär der Armee überlassen werden, die allenfalls Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Persönlichkeit und Verantwortungsbereitschaft des Soldaten bereitstellen sollte.¹⁵⁹ Statt der Armee die Funktion einer Erziehungsschule der Nation zu geben und damit einem Militarismus Vorschub zu leisten, wollte Baudissin umgekehrt dem demokratischen Gemeinwesen einen zentralen Stellenwert für die Erziehung ihrer Soldaten zusprechen. Das Konzept der Inneren Führung verschmolz mit den öffentlichen Erziehungsaufgaben des Staates, um auf diese Weise die bürgerlichen Werte des aktiven Staatsbürgers jenseits der Sozialformation Bürgertum bis in den Soldatenstand hineinwirken zu lassen.¹⁶⁰

Dieses Bild des Soldaten als »Staatsbürger in Uniform« konvergierte mit den Demokratievorstellungen von Heuss, denen er seit der Weimarer Republik anhing. Auf der einen Seite betonte er die politisch staatliche Herrschaftsseite von Demokratie: »Jeder Staat ruht auf Befehlsgewalt und Gehorsamsanspruch, auch der demokratische [...] Demokratie ist Herrschaftsauftrag auf Frist«,¹⁶¹ der durch

157 Wolf Graf von Baudissin, Staatsbürgerliche Bildung und Erziehung zur politischen Verantwortung in der Truppe (1954). In: Baudissin, Soldat für den Frieden (wie Anm. 60), S. 256.

158 Handbuch (wie Anm. 72), S. 91; vgl. auch Kutz, Reform (wie Anm. 76), S. 85–87.

159 Kai Uwe Bormann, Die Erziehung des Soldaten: Herzstück der Inneren Führung. In: Wolf Graf von Baudissin 1907–1993. Modernisierer zwischen totalitärer Herrschaft und freiheitlicher Ordnung. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Rudolf J. Schlaffer und Wolfgang Schmidt, München 2007, S. 111–126, hier S. 115 und S. 120f.

160 Hans-Ulrich Wehler, Deutsches Bürgertum nach 1945: Exitus oder Phönix aus der Asche? In: Geschichte und Gesellschaft, 27 (2001), S. 617–634; Eckart Conze, Eine bürgerliche Republik? Bürgertum und Bürgerlichkeit in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. In: Geschichte und Gesellschaft, 30 (2004), S. 527–542; Manfred Hettling, Bürgerlichkeit im Nachkriegsdeutschland. In: Bürgertum nach 1945. Hrsg. von Manfred Hettling und Bernd Ulrich, Hamburg 2005, S. 7–37.

161 So in der Ansprache von Theodor Heuss, Der Deutsche Weg (wie Anm. 21); auch Theodor Heuss, Befehl und Gehorsam. In: Rhein-Neckar-Zeitung, 13.2.1947; Heuss, Dank und Bekenntnis (wie Anm. 86), S. 433; für die Weimarer Republik vgl. Theodor Heuss, Das Wesen der Demokratie, Berlin (1921), S. 1; Theodor Heuss, Demokratie und Parlamentarismus, ihre Geschichte, ihre Gegner und ihre Zukunft. In: Zehn Jahre deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik. Hrsg. von Anton Erkelenz, Berlin 1928, S. 98–117, hier S. 98.

Parlamente und Parteien wahrgenommen werde. Diese Auffassung von Demokratie schien kompatibel mit grundlegenden Mechanismen im Militär zu sein; aus ihr konnte der militärische Vorgesetzte seine Autorität ableiten, ohne mit den demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes in Konflikt zu geraten.

Auf der anderen Seite akzentuierte Heuss neben dieser staatlichen, institutionellen Seite der Demokratie zeitweilig einen individuellen, moralischen Aspekt, der auf die vorpolitischen Haltungen des Einzelnen zielte und einen Grundkonsens im menschlichen Miteinander schaffen sollte. Selbständigkeit, Gemeinsinn, Toleranz und geregelter Konflikt stünden für eine Kultur der Fairness. Schon in der Zwischenkriegszeit hatte Heuss an einem Diskurs partizipiert, der auch in den USA, in Großbritannien und Skandinavien geführt wurde.¹⁶² Nach der Verfassungsstiftung erinnerte er 1920 an die Notwendigkeit einer »Demokratie als Lebensform«, denn demokratische Institutionen »sind nur tote Schalen, wenn sie nicht von einem innerlich freien, unbefangenen Sinn mit einem gemäßen Inhalt gefüllt werden«. Der Gebrauch der Menschenwürde »in unseren sozialen Gewohnungen«, Bildung, Zivilcourage und »ein freies tapferes Menschentum« – gerade in diesem »seelischen Unterbau der deutschen Demokratie« präsentieren sich vorpolitische Voraussetzungen, von denen der demokratische Verfassungsstaat zehre, ohne dass dieser sie selbst herstellen könne.¹⁶³ Auch in den Verhandlungen über das Grundgesetz hielt Heuss den Abgeordneten des Parlamentarischen Rates vor Augen, dass die Weimarer Republik weniger an »diese[r] oder jene[r] von uns heute nicht ganz richtig empfundene[n] technische[n] Paragrafenformulierung« gescheitert sei, sondern an einem Mangel demokratischer Gesinnung.¹⁶⁴ Als Bundespräsident galt sein Hauptaugenmerk weiterhin der Förderung und Einübung dieser Haltungen, die eine Bürgergesellschaft ausmachen. So bemerkte er gegenüber einem Parteifreund,

162 Vgl. Claus Offe, Ulrich K. Preuß, *Democratic Institutions and Moral Resources*. In: *Political Theory Today*. Ed. by David Held, Cambridge 1991, S. 143–171; Tim B. Müller, *Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien*, Hamburg 2014, S. 79–88; Herfried Münkler, *Sozio-moralische Grundlagen liberaler Gemeinwesen. Überlegungen zum späten Ralf Dahrendorf*. In: *Mittelweg* 36, 19 (April/Mai 2010), S. 22–37.

163 Heuss, *Neue Demokratie* (wie Anm. 17), S. 157 und S. 159; vgl. dazu auch Andreas Wirsching, *Demokratie als »Lebensform« – Theodor Heuss (1884–1963)*. In: *Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte*. Hrsg. von Bastian Hein, Manfred Kittel und Horst Möller, München 2012, S. 21–35.

164 So in der Antrittsrede vom 9.9.1948. In: *Theodor Heuss, Vater der Verfassung. Zwei Reden im Parlamentarischen Rat über das Grundgesetz 1948/49. Mit einem Essay von Jutta Limbach*. Hrsg. und bearb. von Ernst Wolfgang Becker, München 2009, S. 51f.

»daß mich das Schicksal einer unbefangenen, wenn Sie so wollen freien bürgerlichen Gesinnung in Deutschland auf das äußerste bewegt. Schließlich habe ich fast ein halbes Jahrhundert der Pflege und dem Dienst einer solchen Gesinnung gewidmet, wobei das Wort ›bürgerlich‹ ohne ständische Einengung gemeint ist.«¹⁶⁵

Hat Heuss diese Entgrenzung von Bürgerlichkeit, in der sich »Demokratie als Lebensform« manifestiere, auch auf den Soldatenstand ausdehnen wollen? Konzeptionelle Überlegungen, wie sie sich in den kontroversen Debatten um das Selbstverständnis der künftigen Soldaten als »Staatsbürger in Uniform« entwickelten, lassen sich dazu bei Heuss nicht finden. Als analytischer Programmatiker ist er ohnehin weniger in Erscheinung getreten. Doch spricht einiges dafür, dass seine Integrationspolitik nicht nur ehemalige Wehrmichtsangehörige und Kriegsverbrecher umfasste, sondern auch die Soldaten der jungen Bundeswehr. Hatte er in der Weimarer Republik noch für politische Enthaltensamkeit der Reichswehr als Berufarmee plädiert,¹⁶⁶ gestand er den Wehrpflichtigen nun einen politischen Raum zu, soweit daraus »keine geschichtliche Autonomie der politischen Entscheidung« entspringe.¹⁶⁷ Demokratie und allgemeine Wehrpflicht sah er, wie bereits oben ausgeführt,¹⁶⁸ in einem engen historischen Zusammenhang. Das »demokratische, zugleich geistig durchgeschulte Heer«¹⁶⁹ sollte in die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik integriert werden und zugleich Ort der Integration und Verbürgerlichung der Soldaten jenseits ihrer Klassenzugehörigkeit sein.¹⁷⁰ Damit war selbstverständlich keine Demokratisierung militärischer Strukturen und Entscheidungsprozesse gemeint, sondern ein Auftrag zur Erziehung des Soldaten zu demokratischer Gesinnung und staatsbürgerlichen Werten. Der Soldat war immer zugleich Bürger. 1959 warnte er vor der Hamburger Führungsakademie vor einem technokratisch verengten Berufsethos des Soldaten: »werden Sie keine Bloß-Spezialisten!«¹⁷¹ So legt das Demokratieverständnis des ersten Bundespräsidenten nahe, dass nicht nur der Herrschaftsaspekt von Demokratie, sondern auch staatsbürgerliche Verantwortung und »Demokratie als Lebensform« in die Bundeswehr Einzug halten und den soldati-

165 Heuss an Hermann Kessler, 27.3.1953. In: Heuss, *Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954* (wie Anm. 82), S. 429.

166 Theodor Heuss, *Zur Stellung der Reichswehr*. In: *Wille und Weg*, 2 (15.8.1926), 10, S. 229–235.

167 Rede von Theodor Heuss, *Formkräfte der politischen Stilbildung* (1952). In: Theodor Heuss, *Die großen Reden*. Der Staatsmann, Tübingen 1965, S. 184–223, hier S. 211.

168 Vgl. oben Kapitel 2 und 4.

169 Heuss, *Soldatentum* (wie Anm. 22), S. 492.

170 So z. B. die gelungene Integration der Bauern in die moderne Armee, ebd., S. 497.

171 Ebd.

schen Alltag bestimmen sollten, um das Militär für den demokratischen Staat zu gewinnen und in die Gesellschaft zu integrieren.

6 Ausblick und Fazit

Wenn sich eine derartige Konvergenz zwischen den Demokratievorstellungen von Heuss und den Konzepten der Militärreformer um Baudissin ausmachen lässt, stellt sich schließlich die Frage nach den konkreten Einflussmöglichkeiten des Bundespräsidenten auf den Neuaufbau der Bundeswehr im Rahmen der Wiederbewaffnung. Machtpolitisch konnte er letztlich nur wenig bewirken, nachdem ihm eine institutionelle Einflussnahme beispielsweise durch die Übernahme des Oberbefehls verwehrt blieb. Am Ende seiner Amtszeit zeichnete sich ab, dass das Konzept der Inneren Führung eine breite politische Debatte über die Rolle und Zukunft des Militärs in der Bundesrepublik angestoßen¹⁷² und dabei starke Widerstände hervorgerufen hatte.¹⁷³ Nachdem die Reformer um Baudissin im Amt Blank bzw. im Bundesverteidigungsministerium bis 1958 die Innere Führung institutionell abgesichert und juristisch kodifiziert hatten, gewannen die traditionalistischen Kräfte in Militär und Bürokratie die Oberhand und blockierten die Reformanstrengungen. Schon bald nach der Ernennung von Strauß zum Bundesverteidigungsminister war das militärische Reformprogramm ins Stocken geraten.¹⁷⁴ Baudissin blieb eine direkte Einwirkung auf die innere Entwicklung der Bundeswehr fortan versagt.¹⁷⁵ Die neuen Ansätze in der Ausbildung sowie staatsbürgerlichen Erziehungsarbeit wurden von den Traditionalisten in Heer, Marine und Luftwaffe boykottiert und konnten nur allmählich greifen. Erst im Zuge einer allgemeinen Demokratisierung der Gesellschaft seit den Sechzigerjahren und aufgrund mehrerer Skandale in der Bundeswehr gewann der Reformprozess wieder an Tempo und war Ausdruck einer sich wandelnden demokratischen politischen Kultur hin zu einer Modernisierung und Liberalisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft.¹⁷⁶ Diese gesellschaftliche Entwicklung, die sich

172 Echternkamp, Soldaten (wie Anm. 27), S. 182.

173 Auch im Folgenden Bald, Militär (wie Anm. 124), S. 53–75.

174 Ebd., S. 34–36.

175 Rink, Bundeswehr (wie Anm. 131), S. 88.

176 Axel Schildt, *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt a.M. 1999, S. 33–41; Moritz Scheibe, *Auf der Suche nach der demokratischen Gesellschaft. In: Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*. Hrsg. von Ulrich Herbert, Göttingen 2002, S. 245–277, vor allem S. 260f.; Ulrich Herbert, *Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine*

Ende der Fünfzigerjahre bereits angekündigt hatte, blieb Heuss fremd. Sein Demokratieverständnis war zu staatsbezogen und seine Idee der »Demokratie als Lebensform« zu sehr auf individuelle Haltungen ausgerichtet, um die Dynamisierung und Radikalisierung eines Diskurses, der die Demokratisierung aller Lebensbereiche forderte, nachvollziehen zu können.¹⁷⁷

Waren also die Bemühungen des ersten Bundespräsidenten erfolglos, das Bild des Soldaten als eines Staatsbürgers in der Demokratie beim Aufbau der Bundeswehr in den bundesrepublikanischen Wertehorizont zu etablieren? Wer Politik auf institutionelles Regierungshandeln und legislative Verfahren verkürzt, wird dies dem Staatsoberhaupt über weite Strecken bescheinigen müssen. Aber auch wenn dem Bundespräsidenten qua Grundgesetz bei der Ausübung politischer Macht enge Grenzen gesetzt sind, war die Amtsführung von Heuss nicht wirkungslos. Er erwarb sich in seinen beiden Amtszeiten eine moralische Autorität, die das ausgleichen konnte, was ihm an Macht fehlte.¹⁷⁸ Mittels öffentlicher Rede, ferner informell in Briefen und Gesprächen konnte er Themen auf die politische Agenda bringen, Debatten anstoßen, Entscheidungsprozessen eine Richtung und bestimmten Positionen Rückhalt geben oder allgemein Orientierung bieten.¹⁷⁹ Gerade weil der Bundespräsident nicht vom politischen Gegner bekämpft und durch Machtauseinandersetzungen geschwächt wird, kann er als »der wichtigste Meinungsbildner des Landes« auftreten und in der Bevölkerung wie auch in den »Spitzen des Staates Gehör finden«.¹⁸⁰

Führen wir uns diese »soft power« des Bundespräsidenten¹⁸¹ vor Augen, war die öffentliche Positionierung des obersten Repräsentanten der Bundesrepublik zu Fragen der demokratischen Durchdringung der Bundeswehr wie auch der militärischen Tradition durchaus von Gewicht. Mit seiner Geschichts-, Integrations-, Interventions- und Erziehungspolitik wirkte er in den öffentlichen und

Skizze. In: ebd., S. 7–49; Detlef Bald, Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955–2005, München 2005, S. 78–88.

177 Frieder Günther, Einführung: »Im Stellungskrieg der Notwehr«. Briefe des Altbundespräsidenten Theodor Heuss im Spannungsverhältnis zwischen Privatheit und Öffentlichkeit. In: Heuss, Privatier und Elder Statesman. Briefe 1959–1963 (wie Anm. 113), S. 17–58, hier S. 55f.

178 Vgl. zur klassischen Unterscheidung zwischen Auctoritas und Potestas Theodor Eschenburg, Staat und Gesellschaft in Deutschland, Stuttgart 1956, S. 650.

179 Tobias Kies, Hüter der Politik: Der deutsche Bundespräsident im Fokus öffentlicher Erwartungen (1949–1999). In: »Politik«. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit. Hrsg. von Willibald Steinmetz, Frankfurt a.M., New York 2007 (= Historische Politikforschung, 14), S. 451–478, hier S. 475–478.

180 Arnulf Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel. In Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker, Stuttgart 1982, S. 28.

181 Sarcinelli, Politische Kommunikation (wie Anm. 40), S. 282–286.

politischen Raum. In dem Klima der Fünfzigerjahre, in dem durchaus noch ein Nährboden für nationalistische und militaristische Ressentiments vorhanden war und diesen durch Traditionalisten in Militär und Politik öffentlich Geltung verschafft werden konnte, war es Heuss, der mit seinen öffentlichen Reden, Briefen und informellen Einflussversuchen Grenzsetzungen vornahm und das Projekt der Militärreformer durch sein Verständnis von Tradition und Demokratie unterstützte.¹⁸² Er distanzierte sich von militaristischen und nationalistischen Traditionen, ohne deren Träger aus der Wehrmacht selbst im Falle von Kriegsverbrechen aus dem demokratischen Staat auszuschließen. Er arbeitete einem Bild vom Soldaten entgegen, das als Zukunftsprojekt für die Bundeswehr zur Diskussion stand und einem staatsbürgerlichen Erziehungsgedanken huldigte. Auch wenn sich Heuss zum Konzept der Inneren Führung kaum explizit äußerte, fand sich das Leitbild des »Staatsbürgers in Uniform« in zweierlei Hinsicht in seinen Überzeugungen wieder. Erstens entsprach es seinem Bild vom Bürgersoldaten, dessen Ethos als Ausdruck und Desiderat eines »bürgerlichen Wertehimmels«¹⁸³ bereits im 19. Jahrhundert angelegt war, im 20. Juli 1944 weiterwirkte und nun in der Bundeswehr verwirklicht werden sollte. Einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit konnte Heuss, dessen Geschichtsdenken evolutionär angelegt war, damit vermeiden. Zweitens fanden sich wesentliche Elemente der militärischen Reformkonzeption im Demokratieverständnis von Heuss wieder, das neben der staatlichen Herrschaftsseite die Durchdringung des Einzelnen mit demokratischen Werten und Haltungen umfasste und auf eine Verbürgerlichung der Gesellschaft und implizit auch des Soldatenstandes abzielte. »Demokratie als Lebensform« für den einzelnen Bürger war das Bindeglied zur Integration des Militärs in die Gesellschaft. Der Bundespräsidenten konnte so zu einem Gewährsmann für die Militärreformer werden. Diese erhielten Rückhalt von der obersten politischen Instanz, deren hohes moralisches Ansehen weitgehend unumstritten war.

Bereits im Ruhestand, gab Heuss am 4. Dezember 1960 schriftliche »Anweisungen und Wünsche zur Formgebung meiner Beerdigung«. Mit deutlichen Worten wollte er vermeiden, dass die Abschiedsfeier auf dem Friedhof durch »pompöses Gepränge« zur »Qual der stehenden Teilnehmer« werde und ihn selber als Person in ein falsches Licht rücke. Ein Punkt der Erklärung betraf auch die Rolle des Militärs auf dem Friedhof:

182 Allgemein dazu Bert-Oliver Manig, *Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik*, Göttingen 2004 (= Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen, 22), S. 600f.

183 *Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts*. Hrsg. von Manfred Hettling und Stefan-Ludwig Hoffmann, Göttingen 2000.

»Eine Einheit der Bundeswehr soll weder vor dem Friedhof noch auf dem Friedhof bemüht werden. Ich war ja selber nie Soldat. Meine wiederholten dringenden Anregungen, den Bundespräsidenten in eine Rechtsbeziehung zur Bundeswehr zu setzen, sind von der Legislative nicht aufgenommen worden. Da ich mit Genugtuung immer daran denke, daß ich im Parlamentarischen Rat als Einziger mich gegen die grundrechtliche Formulierung der sog. ›Kriegsdienstverweigerung‹, wenn auch erfolglos, ausgesprochen habe, kann dieser Wunsch nach einem lediglich ›zivilen‹ Akt auf dem Friedhof nicht falsch gedeutet werden.«¹⁸⁴

Diese Worte sind bezeichnend für die ambivalente Haltung von Heuss zum Soldatentum. Gerade weil er persönlich so viel Wert darauf legte, dass an seinem Grabe ein betont ziviles Ambiente herrsche, hielt er es für angebracht, seine grundsätzliche Anerkennung des Militärs herauszustreichen, die er gerne als Bundespräsident durch die Übernahme des Oberbefehls kodifiziert hätte. Die Kluft zwischen einem betont bürgerlich-zivilen Habitus einerseits und der Überzeugung andererseits, dass eine Wehrpflichtigenarmee ein notwendiges Machtinstrument des Staates und zugleich Ausdruck einer demokratischen Gesellschaft sei, begleitete Heuss zeitlebens. Sie muss auch nicht geschlossen werden. Vielmehr sprach gerade dieser Zwiespalt des Bundespräsidenten eine kriegsmüde und militärkritische, nach Normalität verlangende Bevölkerung an und gab gleichfalls im Zuge der Wiederbewaffnung der politischen Führung und den Bundeswehrreformern Rückhalt. Nicht obwohl, sondern weil das Bild vom Soldaten bei Theodor Heuss uneindeutig war, konnte es eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft schlagen und von dem »Spagat zwischen Tradition und Fortschritt«¹⁸⁵ entlasten.

184 BArch, SBTH, N 1221, 564.

185 Echternkamp, Soldaten (wie Anm. 27), S. 443.